

4625

ERNST FINCKH, VERLAG, BASEL

- Die Italiener in der Schweiz.** Ein Beitrag zur Fremdenfrage. Von H. Ammann. Mit 2 farbigen Karten. In gr. 8° br 2. —.
- Im neuen Reich der Arbeit.** Von Dr. Oskar Baumgartner. In 8° br 2. —.
- Elsass-Lothringen und das Unrecht von 1871.** Von Dr. J. Blesch. In gr. 8° br 1.20.
- Frankreichs Streben nach dem Rhein. Elsass-Lothringen in der französischen und deutschen Politik seit dem 16. Jahrhundert.** Von Dr. J. Blesch. In gr. 8° br 2. —.
- Die Entwertung der deutschen Valuta im Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung der Inflation.** Von Dr. D. W. Bloch. Mit 2 graphischen Tafeln. In gr. 8° br 3. —.
- Das sogenannte Nationalitätenprinzip.** Von Eduard Blocher. In gr. 8° br —.80.
- Die Wesensart der deutschen Schweiz.** Vortrag, gehalten in Basel am 9. Mai 1916. Von Eduard Blocher. In gr. 8° br —.60.
- Deutschlands letzte und grösste Not.** Von Adolf Bolliger, Pfarrer von Neumünster (Zürich). 11.—15. Tausend. In gr. 8° br 1. —.
- Die Deutsche Seele des Elsass.** Von Emil v. Borries. In gr. 8° br 1.50.
- Elsass-Lothringen unter deutscher Herrschaft.** Von einem Schweizer. In 8° br —.20.
- Der französische Imperialismus.** Von Philipp Hiltbrandt. In gr. 8° br 1.50.
- Die Kriegspsychose bei den kämpfenden Völkern.** Von Dr. Otto Hinrichsen. In 8° br 2. —.
- National und Sozial! Die Parole praktischer Politik.** Von Arnold Knellwolf, Nationalrat. In gr. 8° br —.60.
- Gibt es Gerechtigkeit im gegenwärtigen Weltkrieg?** Von Dr. P. Kölbing. In 8° br 1. —.
- La Lorraine Allemande. Ein Kapitel deutsch-französischen Sprachen- und Kulturkampfes vor 1870.** Von Henri Martinet. In gr. 8° br 2. —.
- Nieder mit Deutschland! Eine Entente-Forderung.** Von einem Neutralen. 2.—4. Tausend. In gr. 8° br 1.50.
- Europa auf dem Wege zur Einheit.** Von Gaudenz von Planta. In gr. 8° br 1. —.

Die deutsche Kolonialpolitik vor dem Gerichtshof der Welt

Eine deutsche Antwort von
Kolonialpolitikern und Missionaren



BASEL — 1918

ERNST FINCKH, Verlagsbuchhandlung

517/9231

Alle Rechte vorbehalten.

48/570 x 1

Druck der Basler Druck- und Verlags-Anstalt in Basel.
Text- und Umschlagpapiere der Papierfabrik Grellingen (Schweiz).
Buchbinderarbeiten der Basler Druck- und Verlags-Anstalt in Basel.

Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt/Main

Geleitwort.

England glaubt den Weltkrieg gewonnen zu haben. Es will seine Beute in die Scheune bringen. Vor dem Weltkrieg beherrschte England einen Weltteil (Australien) vollständig, von einem zweiten Weltteil (Asien) hatte es mehrere hundert Millionen Menschen mit allen Riesenschätzen seiner Herrschaft unterworfen, den dritten Weltteil (Afrika) will es sich jetzt einverleiben. Der Weltkrieg hat allerdings bis jetzt das Resultat, dass in Afrika nur England herrscht, denn die Verbündeten Englands (Frankreich, Belgien und Portugal) stehen in Afrika nach dem Krieg unter dem Protektorat Englands. Nur ein Hindernis der Alleinherrschaft Englands über Afrika ist noch zu überwinden: Deutschland, das in dreissigjähriger mühevoller Arbeit Grosses in Afrika geleistet hat. Um dieses Hindernis zu beseitigen, sucht die englische Propaganda darzutun, dass Deutschland nicht fähig sei, Kolonien zu verwalten und zu kultivieren. Das englische Kabinett gab die Parole aus, dass das alte Deutschland seine Kolonien nicht mehr zurückerhalten werde.

Evans Lewin sucht in einer Propagandaschrift „Deutsche Kolonisatoren in Afrika“ diesen Gedanken zu vertreten. Dabei scheuen er und seine Mitarbeiter nicht vor offenkundiger Verletzung der Wahrheit zurück. Sie machen aus bedauerlichen Einzelercheinungen Gesamtbilder, um das Urteil gegen Deutschlands Kolonialpolitik zu fälschen.

Diese Schrift dient der Abwehr. Der Gerichtshof der Welt entscheide. Diese Schrift ist nicht ein Einzelurteil, sie gibt vielmehr das wieder, was die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes fühlt, ersehnt und fordert.

Berlin, im September 1918.

Die Herausgeber.

Die Erfolge der deutschen Kolonialpolitik.

Deutschland ist die jüngste Kolonialmacht. Die Welt wurde verteilt, solange Deutschland in selbstzerfleischender Ohnmacht dalag. Als der nationale Wille die deutschen Stämme zusammenschloss, war die Welt weggegeben. Fünfzehn Jahre europäischer Flitterwochen benutzte Deutschland zur Festigung seiner inneren Kraft. Mitte der achtziger Jahre gab es kein Fünfzigmillionenvolk ausser Deutschland, das nicht Kolonien besessen hätte. Frankreich hatte sich unter stiller Duldung Deutschlands und sogar unter Förderung des Fürsten Bismarck angeschickt, ein Riesenkolonialreich zu schaffen. England benutzte seit langem die Zeit kontinentaler europäischer Schwäche, um sich ein Weltreich zurechtzuzimmern. Russlands Kolonie Sibirien besiedelte sich dichter. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika kolonisierten ihr eigenes unermessliches Land. Die deutsche Politik aber war nur auf Europa gerichtet. Es ist das Verdienst der Tatkraft und Zähigkeit weniger deutscher Kaufleute und Forscher, die ersten Schritte zur deutschen Kolonialpolitik unternommen zu haben. Hanseatische Kaufleute sind die Gründer der deutschen Kolonialpolitik. Nach englischem Muster schlossen sie Verträge mit Stammeshäuptlingen in Afrika ab zur Förderung ihrer eigenen Interessen, aber auch zur Ausdehnung des deutschen Einflusses, in dem Bewusstsein, dass das, was Deutschland gross und stark macht, auch in Afrika kultivierend wirken wird. Das vorsichtige Vorgehen dieser deutschen Kolonialpioniere stiess auf Hindernisse und Argwohn bei den älteren Kolo-

nialmächten. Hierdurch wurde der erste Reichskanzler zum Schutze der deutschen Interessen gezwungen, Kolonialpolitik zu treiben. Er dachte dabei aber an das englische Vorbild in Indien und stellte Schutzbriefe für deutsche Kolonialgesellschaften aus. Den deutschen Kolonialenthusiasten ging es nicht rasch genug voran; sie legten Fürst Bismarck nahe, sich selbst einmal das neue Deutschland in Afrika anzusehen. Als das Gerücht von einer Afrikareise des Fürsten Bismarck sich weiter verbreitete, da antwortete er humorvoll: er werde gewiss nach Afrika gehen und zwar auf dem Kamel reiten, das die Nachricht dieser Afrikareise erfunden habe. 1884 und 1885 trat Deutschland unter die Kolonialmächte auf legalstem Wege ein. Die ersten zwanzig Jahre deutscher Kolonialpolitik waren zögernd und zaudernd, auch ein vielfaches Schwanken. Im Jahre 1906 wurde, angeregt durch die scharfe Kritik im Reichstag, das koloniale Interesse in Deutschland wach und wuchs immer stärker.

Will man die Erfolge deutscher Kolonialpolitik in dem kurzen Zeitraum von dreissig Jahren gerecht und objektiv würdigen, so vertiefe man sich einmal in die zwei Riesenbände der deutschen Kolonialkongresse von 1905 und 1910. Hier offenbart sich deutsches Streben, deutsche Wissenschaft, deutsche Technik, deutsche Kultur, aber auch deutsche Kritik, alles jedoch nur zu dem einen Ziel, das Beste aus den Völkern und Ländern Afrikas zu machen. Dazu war allerdings reichliche Gelegenheit; denn die Gebiete, welche Deutschland in Afrika und Übersee erworben hatte, waren vor dreissig Jahren noch völlig unerschlossen. Kleine Negerdörfer und Küstenplätze waren bekannt, Tauschhandel mit den wenigen Europäern der einzige Verkehr, im Innern führten die einzelnen kleinen Häuptlinge willkürliches und blutiges Regiment; Leben und Eigentum waren nicht geachtet. Blutige Kämpfe zwischen den einzelnen Stämmen und Dorfschaften waren

an der Tagesordnung. Sklavenjagden entvölkerten die Gebiete. Die christliche Missionstätigkeit war getrennt und vielfach kaum in den ersten Anfängen. Togo und Kamerun waren unerschlossen und unkultiviert, nicht besser sah es in Süd-West-Afrika aus. Engländer und Portugiesen zogen durch das Land und liessen es liegen. Ostafrika war auf einer etwas höheren Kulturstufe, hatte aber nur zwei Ausfuhr-Artikel: das weisse Elfenbein der Elefanten und das „schwarze Elfenbein“, die Sklaven. Das Innere des Landes war Europa unbekannt. Ackerbau wurde in den primitivsten Anfängen betrieben. Seuchen und Sklavenjagden rangen um die Krone, die Einwohner dahinzuraffen. Ein Hauptstamm stritt wider den anderen. Vernichtung, Knechtung und Ausrottung waren die Resultate dieses Zustandes. Alle bisherigen Kolonialmächte, auch England, standen rat- und tatlos diesem entsetzlichen Treiben gegenüber.

Auf dieser Grundlage sollte Deutschland nun Kolonialpolitik treiben in Afrika. Die Voraussetzungen für ein gedeihliches Wirken waren die denkbar ungünstigsten.

Was hat nun Deutschland in dreissig Jahren aufopfernder Kolonialtätigkeit erreicht? Keine erschöpfende Geschichte der deutschen Kolonialpolitik soll hier geschrieben werden. Deutschlands Tätigkeit in Afrika war reich an Arbeit, auch an Enttäuschungen, Fehlschlägen und Missgriffen. Deutschland musste lernen und dafür auch Lehrgeld bezahlen. Wer diese Missgriffe allein herausgreift, versündigt sich an der Wahrheit. Trotz aller Schwierigkeiten und ohne jede Selbstüberhebung muss man aber rückwärtsblickend sagen: Es ging voran. Es ging voran, bis es zur Katastrophe des Weltkrieges kam, und von da ab ging es bergab, zum Schaden der Eingeborenen Afrikas und zum Schaden Europas. Wie sah es vor dem Weltkrieg aus? Der letzte amtliche Bericht über die deutschen Schutzgebiete vom Jahre 1914 sagt darüber:

„Der Landfriede“ wurde im Berichtsjahre in keinem Schutzgebiet ernstlich gestört. Die Haltung der Eingeborenen war ruhig in Togo und Deutsch-Ostafrika sowie in Deutsch-Südwestafrika, wo die Schutztruppe wieder zu den öffentlichen Arbeiten herangezogen werden konnte. In Kamerun wurden die auf Grund des Marokkoabkommens vom 4. November 1911 von Frankreich erworbenen Gebiete in deutsche Verwaltung übernommen. Dabei kam es mehrfach zu Unbotmässigkeiten einzelner Stämme, die aber unterdrückt wurden und sich nicht weiter ausdehnten. Auch konnte die Übernahme in die Verwaltung ohne wesentliche Verstärkung der Schutztruppe durchgeführt werden. In Deutsch-Neuguinea wurden in den nicht unter Verwaltung genommenen Gebieten, wie auch in früheren Jahren, vielfach Gewalttätigkeiten und Friedensstörungen verübt, denen gegenüber aber auch Fortschritte in der friedlichen Ausdehnung der Verwaltung hervorzuheben sind. Im Inselgebiet ist die öffentliche Ruhe nirgends gestört worden. In Samoa hat die zunächst unentschieden gelassene und erst nach Ablauf des Berichtsjahres geregelte Frage der Nachfolgeschafft für den verstorbenen Oberhäuptling nicht zu der vielfach gefürchteten Beunruhigung der Bevölkerung geführt.

In Kamerun sind nach der Festlegung der deutsch-englischen Grenzen nun die neuen deutsch-französischen Grenzen zu vermessen; es wurde damit begonnen. In Togo wurde die Vermarkung der deutsch-französischen Grenze in Angriff genommen und die Küstenvermessung fortgesetzt.

In der allgemeinen Verwaltung kam es, abgesehen von der schon erwähnten Ausdehnung in Kamerun, zu einzelnen Verschiebungen. In Kamerun wurden grössere Teile der neuen Gebiete an bestehende Verwaltungsbezirke angegliedert. Im Zusammenhange damit musste die Polizeitruppe vielfach verstärkt werden. In Deutsch-Ostafrika führte die zunehmende Erschliessung des Landes durch Eisenbahnen zu einigen Verschiebungen in der Verwaltungs- und Gerichtsorganisation, in einzelnen Fällen auch zur Vermehrung der Verwaltungsstellen und zur Ausdehnung von Verwaltungsbezirken. Die Ausdehnung der Verwaltung im alten Schutzgebiete Deutsch-Neuguinea vollzieht sich zunächst der Küste entlang. Im Inselgebiet hat die Gesundung der Eingeborenen-Selbstverwaltung durch weitere Ab-

lösung veralteter Lebensverhältnisse wiederum Fortschritte zu verzeichnen. In der allgemeinen Verwaltung von Deutsch-Südwestafrika hat sich nichts Wesentliches geändert; die Selbstverwaltungsverbände haben mit Erfolg weiter gearbeitet.

Von den besonderen Zweigen der allgemeinen Verwaltung ist vor allem die in vieler Beziehung grundlegende Landesaufnahme und Vermessung hervorzuheben. Die landeskundliche Erforschung wurde in Kamerun im Zusammenhange mit dem Fortschreiten des Eisenbahnbaues und den Vorarbeiten hierfür sowie auch durch eine Expedition des Gouverneurs in das entlegene Hinterland gefördert. In Deutsch-Neuguinea setzte die Kaiserin-Augusta-Fluss-Expedition ihr Forschungswerk mit gutem Erfolge fort. Der meteorologische Dienst der Schutzgebietsverwaltungen ist weiter ausgebaut worden und wird in seiner Bedeutung für die Landesproduktion immer mehr gewürdigt.

Die Bevölkerungspolitik der Kolonialverwaltung hat zahlreiche in kolonialpolitischer wie kolonialwirtschaftlicher Beziehung wichtige Aufgaben zu lösen. Ihre Hauptaufgabe sieht sie in der Verbesserung der gesundheitlichen Zustände, insbesondere der Eingeborenenbevölkerung, und in der Schaffung entsprechender sanitärer Einrichtungen und Verbreitung besserer hygienischer Grundsätze. In Togo waren die gesundheitlichen Verhältnisse sowohl für Weisse wie für Eingeborene, abgesehen von der in einigen Gegenden auftretenden Pockenkrankheit, normal. In Kamerun wurden energische Schritte zur Sanierung von Duala getan. Auch an einigen anderen Plätzen Kameruns hat die Sanierung Fortschritte gemacht. Die grosse Verbreitung der Schlafkrankheit macht der Verwaltung noch schwere Sorgen; ihre erfolgreiche Bekämpfung wird noch längere Zeit und grosse Energie erfordern. Im übrigen wird der Gesundheitszustand in Kamerun als gut bezeichnet. Aus Deutsch-Ostafrika wird ein befriedigender Gesundheitszustand der Weissen gemeldet; auch unter der farbigen Bevölkerung traten keine verheerenden Seuchen auf. In Deutsch-Südwestafrika war der Gesundheitszustand der Weissen günstig, wozu auch die fortschreitende Entwicklung der einzelnen Orte beitrug. Der Gesundheitszustand der Eingeborenen hat sich gebessert, nur ist die Kindersterb-

lichkeit noch immer sehr hoch. In der Südsee hatte Samoa normale Gesundheitsverhältnisse aufzuweisen, während die eingeborene Bevölkerung von Deutsch-Neuguinea unter einigen Typhusepidemien und der grossen Verbreitung der Wurmkrankheit zu leiden hatte.

Die weisse Bevölkerung in sämtlichen Schutzgebieten ist von 23,342, auf 24,389, also um rund 1000 Menschen gestiegen. Der Zuwachs kommt hauptsächlich auf Deutsch-Ostafrika, dann auf Kamerun und Neuguinea. Die tatsächliche Bewegung der gesamten farbigen Bevölkerung, ihre Ab- und Zunahme, lässt sich schwer bestimmen, solange nicht allgemeine exakte Zählungen vorliegen.

Die Rechtspflege hat allgemein Fortschritte gemacht, besonders aus Kamerun wird eine Zunahme der Gerichtstätigkeit auch für die Eingeborenenrechtspflege gemeldet.

Die Regierungsschulen sind in einzelnen Schutzgebieten wie in Kamerun nicht ausreichend entwickelt. Die Missionen entfalten überall eine sehr rege Tätigkeit auch auf dem Gebiete des Schulwesens, der Krankenpflege und der Hygiene. Bewährt hat sich in Deutsch-Neuguinea die schulmässige Ausbildung von Dolmetschern, die dann den einzelnen Häuptlingen der Eingeborenen-Selbstverwaltung zur Erleichterung des Verkehrs mit den deutschen Behörden beigegeben werden.

Die weltwirtschaftliche Lage war für die Kolonialwirtschaft im allgemeinen günstig. In den Kolonien selbst waren die allgemeinen Grundlagen für die Entwicklung der Kolonialwirtschaft nicht überall zufriedenstellend. Mehr und mehr zeigt sich, dass jetzt nach dem Ausbau wichtiger Eisenbahnstrecken die weitere wirtschaftliche Entwicklung unserer Schutzgebiete in erster Linie von der Arbeiterfrage abhängt. Auf dem Gebiet des Geld- und Kreditwesens ist hervorzuheben die weitere Ausdehnung der Geldwirtschaft und die Befestigung des deutschen Geldmittelumschlages in Kamerun, die Ausdehnung des Geldverkehrs im Seengebiet von Deutsch-Ostafrika, die günstige Lage der Handelsbank und der Notenbank in Deutsch-Ostafrika, der im Zusammenhang mit der allgemein wirtschaftlichen Lage in Togo stehende Rückgang der Geschäfte der westafrikanischen Bank in Lome und die weitere Entwicklung der Bank- und Sparkassenabteilung der Forthaith-Gesellschaft in

Deutsch-Neuguinea. In Deutsch-Südwestafrika begann die Südwestafrikanische Bodenkreditgesellschaft ihre Tätigkeit zur Befriedigung des Bedürfnisses nach städtischem Bodenkredit, ferner wurden die Grundlagen für die Errichtung einer Landwirtschaftsbank geschaffen. In Deutsch-Ostafrika traten ebenfalls Bestrebungen auf, den landwirtschaftlichen Kredit in ähnlicher Weise wie in Deutsch-Südwestafrika zu organisieren. Die Förderung der Kapitalieninvestition in den Schutzgebieten und die möglichste Verhütung unsolider Gründungen von kolonialen Unternehmungen, die erweislich zu Rückschlägen in der Kapitalieninvestition führen, haben im Berichtsjahre die besondere Beachtung der Kolonialverwaltung gefunden.

Eine der wichtigsten allgemeinen Grundlagen der Kolonialwirtschaft, das Verkehrswesen, ist in seinen verschiedenen Zweigen wieder erheblich gefördert worden. Der Eisenbahnbau und -betrieb hat in allen afrikanischen Schutzgebieten Fortschritte aufzuweisen, namentlich in Deutsch-Ostafrika, wo die Tanganjikabahn am Ende des Berichtsjahres nahezu fertiggestellt war. Im Norden des Schutzgebietes wurde die Neubaustrecke der Usambarabahn Buiko-Moschi vollendet, auch wurden Vorarbeiten über die weitere Fortsetzung der Bahn nach Aruscha unternommen. Für eine Südbahn und eine Eisenbahn nach Ruanda wurden Erkundigungen und Vorarbeiten gemacht. In Deutsch-Südwestafrika wurde der Umbau der Strecke Karibib-Windhuk beendet, ebenso der Bau der Nord-Südbahn. Die Betriebsergebnisse der Otavibahn waren infolge der Vermehrung der Kupferbeförderung gut. In Kamerun hat die Nordbahn eine günstige Verkehrsentwicklung aufzuweisen, an der Mittellandbahn wurde weiter gebaut. In Togo wurde der Anschluss an Atakpama erreicht. Für neue Tracen wurden Vorarbeiten gemacht. Die Binnenwasserstrassen haben in Kamerun durch die neuerworbenen Gebiete eine erhöhte Bedeutung erlangt. Für den Seeschiffsverkehr der Schutzgebiete waren der Neubau der Landungsbrücke in Swakopmund, der Hafenausbau in Tanga, die Errichtung der neuen Landungsbrücke in Lome und die Hafenbauarbeiten in Duala von Bedeutung. Für neue Landungs- und Hafenanlagen in Lüderitzbucht wurden Vorarbeiten gemacht. Für unsere Südseeschutzgebiete war es wichtig, dass die regelmässige Dampferverbindung Sydney-Tutuila-San

Franzisko wiederhergestellt wurde. Im Post- und Telegraphen- und Kabelverkehr sind bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Abgesehen von der weiteren Ausgestaltung des Post- und Telegraphenwesens in den einzelnen Schutzgebieten war die Legung des Kabels der Deutsch-Niederländischen Kabel-Gesellschaft von Monrovia nach Lome und Duala von grosser Bedeutung. Kamerun und Togo sind nunmehr die ersten Schutzgebiete, die eine deutsche Kabelverbindung mit der Heimat besitzen. Auch das funkentelegraphische Netz wurde ausgebaut. In Deutsch-Neuguinea ist eine funkentelegraphische Verbindung zwischen der Insel Angaur und der Insel Jap hergestellt worden, die ja mehrfach an das Weltkabelnetz angeschlossen ist. Der Wege- und Brückenbau wurde in allen Schutzgebieten wieder rege gefördert, insbesondere in Togo, Kamerun und in der Südsee.

Unter den einzelnen Zweigen der Kolonialwirtschaft steht die landwirtschaftliche Produktion obenan, namentlich wenn man nicht bloss an die Ausfuhrproduktion denkt, bei welcher ja die Diamanten an erster Stelle stehen. Bei den Eingeborenen-Kulturen ist ausser ihrer grossen Bedeutung für die Ausfuhr stets der eigene Verbrauch für die Eingeborenen zu berücksichtigen. Durch die Versorgung der Eisenbahnarbeiter mit Lebensmitteln haben die Eingeborenen-Kulturen noch einen besonderen Anreiz erfahren. Im einzelnen ist das gleichmässiger gewordene gute Ergebnis der Baumwollernte der Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika darauf zurückzuführen, dass die für den Baumwollbau in Eingeborenen-Kultur geeigneten Gegenden mehr und mehr erkannt worden sind. Die Viehhaltung der Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika ist durch die Rinderpest an einzelnen Orten geschädigt worden. In Kamerun bedeutet die Ausdehnung der Eingeborenen-Kulturen von Kakao, Oelpalmen usw. namentlich im Süden eine wichtige Aufgabe der Verwaltung. In Togo ist die Maiskultur durch trockene Witterung sehr geschädigt worden, die Ausfuhr von Baumwolle und Kautschuk hat sich aber gesteigert. In der Südsee kam der hohe Koprpreis den Eingeborenen sehr zustatten. Die Plantagenwirtschaft hat sich im allgemeinen einer guten Konjunktur erfreut. Auch die Kautschukplantagen in Deutsch-Ostafrika dehnten sich noch erheblich aus. In Sisalhanf gab es eine gute Ernte. Die Produktion von Kaffee

nahm zu. Die Plantagenwirtschaft Kameruns ist im Fortschreiten; für einen neuen Zweig, die Bananenpflanzung, sind durch ein Exportunternehmen günstige Aussichten geschaffen worden. In Togo haben sich die bestehenden Pflanzungen vergrössert und neue sind dazu gekommen. Beträchtlich ist die Zunahme des Plantagenlandes in Deutsch-Neuguinea, von dem auch immer grössere Teile in das Stadium der Ertragsfähigkeit kommen. Zu begrüssen ist der zunehmende Anbau von anderen Produkten wie Kautschuk, Kakao, neben den Kokospalmen. Die südwestafrikanische Farmwirtschaft hat sich günstig weiter entwickelt. Der wichtigste Teil der Farmwirtschaft, die Rindviehzucht, ist in vieler Beziehung noch im Versuchsstadium; allgemein anerkannte Methoden werden sich erst bei intensiverem Betrieb herausstellen. Dies gilt auch für die Schafzucht, die im übrigen ebenso wie die Rindviehzucht gute Fortschritte aufzuweisen hat. Das Gestüt für Pferdezucht und die Versuchsfarm für Straussenzucht haben die besten Erfolge aufzuweisen. Besonders hervorzuheben ist auch, dass die Viehbestände der Eingeborenen sich gut entwickelt und vermehrt haben. Der auf Bewässerung betriebene Ackerbau, einschliesslich des aussichtsreichen Tabak- und Obstbaues, hat in den regenarmen Jahren die Vorteile der künstlichen Bewässerung besonders zu schätzen gelehrt. Die Einrichtungen der Verwaltung zur Förderung der Landwirtschaft einschliesslich der Viehzucht sind weiter ausgebaut worden und haben eine rege Tätigkeit entfaltet, so in Kamerun, Togo und besonders in Deutsch-Ostafrika, wo diese Anstalten auf 8 erhöht worden sind. Dazu kam hier noch die Bekämpfung der Rinderpest durch ausgedehnte veterinäre Massnahmen. Auch in Deutsch-Südwestafrika ist mit der Tierseuchenbekämpfung fortgefahren worden und in Deutsch-Neuguinea wurden für den Veterinärdienst die Grundlagen geschaffen. In Samoa wurde das landwirtschaftliche Versuchswesen mit besonderer Berücksichtigung der Pflanzenschädlingbekämpfung neu eingerichtet, in Deutsch-Neuguinea weiter ausgestaltet.

Die forstwirtschaftlichen Massnahmen betrafen in der Hauptsache, so namentlich in Deutsch-Ostafrika und Togo, die weitere Schaffung von Waldreservaten und Schutzwäldern. Die Aufforstung wurde in Togo mit dem gleich günstigen Resultat wie bisher weitergeführt. Die guten

Ergebnisse der Forstverwaltung in Togo haben auch das Interesse der englischen Kolonialverwaltung erregt, die darüber einen Reisebericht veröffentlicht hat. In Kamerun weist die Holzgewinnung steigende Ziffern auf. Die Jagd wurde in Deutsch-Ostafrika besser geregelt, die Wildschutzreservate wurden ausgedehnt. In Deutsch-Neuguinea wurde der Schutz der Paradiesvögel verschärft. Die Seefischerei ist in Deutsch-Südwestafrika von einem Unternehmen im Grossbetriebe aufgenommen worden.

Der Bergbau und der sonstige Abbau von Mineralien, einschliesslich der Phosphate, hat ein besonders günstiges Betriebsjahr zu verzeichnen. Obenan steht Deutsch-Südwestafrika, wo der Diamantenbau eine sehr bedeutende Steigerung erfuhr. Auch die Kupferproduktion weist eine bedeutende Steigerung auf. Eine rege Prospektierung und Schürftätigkeit für andere Metalle, namentlich Zinn und Edelmetalle, geht nebenher. Die Marmorvorräte erwiesen sich zwar als reichlich, der Abbau leidet aber unter Transportschwierigkeiten. In Deutsch-Ostafrika wurde der Bergbau rege betrieben. Auch die Schürftätigkeit besonders nach Gold seitens südafrikanischer Unternehmer war lebhaft. In der Südsee wiesen die Phosphatunternehmungen in Naura und Angau erhöhte Produktionsziffern auf, während die Goldgewinnung in Deutsch-Neuguinea sich immer noch nicht als ausreichend für einen Grossbetrieb darstellt. In Deutsch-Neuguinea ist ein wichtiges Petroleumvorkommen festgestellt worden.

Die industrielle und gewerbliche Tätigkeit entwickelte sich weiter. Besonders hervorzuheben ist die zunehmende Aufbereitung und gewerbliche Verarbeitung der Oelfrüchte in Kamerun.

Der Binnenhandel hat namentlich durch die Versorgung der zahlreichen am Eisenbahnbau beschäftigten Arbeiter mit Nahrungsmitteln in den afrikanischen Schutzgebieten lebhaftere Anregung erfahren. Die Marktplätze haben sich, besonders in Deutsch-Ostafrika, stark vermehrt.

Der auswärtige Handel der sämtlichen Schutzgebiete (mit Ausnahme von Kiautschou) hat sich von 240 Millionen Mark auf 263 Millionen Mark erhöht, wozu am meisten die Steigerung des Gesamthandels von Deutsch-Ostafrika von 68 Millionen auf 81 Millionen Mark beitrug. Aber auch

in allen übrigen Kolonien hat der Gesamthandel zum Teil beträchtlich zugenommen.

Abgesehen von den schon erörterten, dem Verkehr dienenden öffentlichen Bauten sind hervorzuheben der Beginn der Kanalisationsarbeiten und Wasserwerkseinrichtungen in Duala und die Vorarbeiten für ein ähnliches Unternehmen in Lome. Die Hochbautätigkeit sowohl für Wohnhäuser wie für landwirtschaftliche und gewerbliche Gebäude war in allen Schutzgebieten, besonders in Deutsch-Neuguinea, Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika, sehr rege.

Die Finanzlage war in allen Schutzgebieten günstig. In Deutsch-Südwestafrika infolge der erheblichen Steigerung der eigenen Einnahmen aus dem Diamantenabbau, in Kamerun infolge erhöhter Zolleinnahmen auf Grund der allgemeinen Prosperität des Handels und der erhöhten Zölle für Spirituosen, in Deutsch-Ostafrika infolge erhöhter Zoll- und Steuereinnahmen, ebenso wie in Samoa und in Deutsch-Neuguinea. Der erhöhte Zuschuss für letzteres Schutzgebiet wird hauptsächlich für sanitäre Einrichtungen und landwirtschaftliches Versuchswesen verwendet. Nur in Togo hat sich die Finanzlage infolge der geringeren Einnahmen aus den Verkehrsanlagen und der durch schlechte Ernteergebnisse verursachten Schwächung der Kaufkraft der Eingeborenen etwas verschlechtert.

So 1884, so 1894. Es ist keine Lobrederei, was in dem amtlichen Bericht zum Ausdruck kommt, sondern reine, volle Wahrheit. Die blutigen Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Eingeborenenstämmen hatten aufgehört; Recht und Gerechtigkeit hielten den Siegeszug, der Boden wurde bestellt; ein guter Anfang für die Erschliessung fruchtbarer Gebiete war gemacht. Deutschland opferte Millionen und Abermillionen für die Erschliessung der Schutzgebiete. Es sandte viele seiner guten und besten Beamten hinaus, die ihr ganzes Können und ihre Gesundheit in den Dienst der Eingeborenen stellten. Die ärztliche deutsche Wissenschaft bekämpfte mit Nachdruck und Erfolg verheerende Seuchen. Als die Schlafkrankheit auftrat, hat Deutsch-

lands erste medizinische Autorität, Professor von Koch, die Reise in das Innere Afrikas nicht gescheut, um den Eingeborenen zu Hilfe zu eilen. Wissenschaftlich und geologisch wurden die deutschen Schutzgebiete aufgeschlossen. Der schwarze, einst unbekannte Erdteil ist, soweit deutsches Kolonialgebiet in Betracht kommt, vor Ausbruch des Krieges erforscht gewesen. Kein weisser Fleck verunstaltete mehr die deutsche Kolonialkarte. Die deutsche Kolonialliteratur nahm einen ungeahnten Aufschwung.

Schon ein Jahr vor dem Ausbruch des entsetzlichen Weltkrieges hat Staatssekretär Solf in meisterhafter Weise die Grundlinien der deutschen Eingeborenenpolitik im Reichstage geschildert, als er am 6. März 1913 hier ausführte:

„Die Eingeborenen, meine Herren, sind unsere Schutzgenossen, und die deutsche Regierung hat um dessentwillen die Verpflichtung, die berechtigten Interessen der Eingeborenen zu den ihrigen zu machen. Denn wir wollen die Eingeborenen nicht ausrotten, wir wollen sie erhalten. Das ist die Anstandspflicht, die wir mit der Hissung der deutschen Flagge in unseren afrikanischen Kolonien und in der Südsee übernommen haben. Die Ausübung dieser Pflicht entspricht auch der Klugheit; denn sie allein verschafft auch die Möglichkeit vernünftiger Wirtschaftspolitik und damit die Grundlage unserer deutsch-nationalen Betätigung.

Die Völker, mit denen die Kolonisationsarbeit uns in Berührung bringt, stehen auf niedriger Kultur, auf viel niedrigerem Standpunkt als wir zivilisierten Weissen, teilweise tief unter uns. Nicht nur die legale Verpflichtung, die uns als den Schutzherrn obliegt, — nein, meine Herren, unsere Stellung als Kulturstaat zwingt uns, mit den selbstverständlichen Argumenten der zivilisierten Weltanschauung diesen Völkern zu helfen und zu versuchen, ihnen bessere Lebensbedingungen zu verschaffen, als sie

selbst in ihrer Beschränktheit und Unfähigkeit bisher sich haben verschaffen können. (Sehr richtig! und bravo!)

Kolonisieren ist Missionieren, und zwar Missionieren in dem hohen Sinne der Erziehung zur Kultur. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Wie die richtige Einschätzung der Imponderabilien seiner eigenen Nation eine der vornehmsten Aufgaben eines jeden führenden Staatsmannes ist, so muss auch der Kolonisator unablässig bemüht sein, das Denken und Fühlen der Eingeborenen zu untersuchen, zu ergründen und seine Arbeitsmethode danach einzurichten. Und, meine Herren, seine Arbeiten sind viele und mannigfache. Die Eingeborenen sind unwissend — sie müssen unterrichtet werden. Sie sind faul — sie müssen arbeiten lernen. Sie sind schmutzig — sie müssen gewaschen werden. (Heiterkeit.) Sie sind krank, mit allerlei Gebrechen — sie müssen geheilt werden. Sie sind wild, grausam und abergläubisch — sie müssen besänftigt und erleuchtet werden. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Trotha!!) Alles in allem, meine Herren: sie sind grosse Kinder, die der Erziehung und der Leitung bedürfen.“

Deutschland hat mit Hingabe und Erfolg den kolonialisatorischen Aufgaben sich gewidmet.

Es hat auch die Dankbarkeit der Eingeborenen hierfür geerntet. Schreiber dieser Zeilen konnte am 27. Februar 1918 im Reichstag ausführen:

„Man hat warmes Lob unserer tapferen Schutztruppe in Ostafrika gespendet. Wir schliessen uns dem selbstverständlich an. Aber gestatten Sie das eine zu sagen: glänzend gerechtfertigt ist die Eingeborenenpolitik des früheren Gouverneurs von Ostafrika und jetzigen Reichstagabgeordneten Freiherrn von Rechenberg. Denn glauben Sie, dass die Eingeborenen Jahre hindurch so zu uns gehalten hätten, wie wir zu unserem Stolz und unserer Ehre sagen können, wenn nicht durch den Gouverneur in Ostafrika die vernünftige Politik der weisen und klugen

Behandlung der Eingeborenen befolgt worden wäre? Ich dehne den Dank aus auf den damaligen Staatssekretär Dernburg, der gegenüber den vielen Angriffen, die gerade gegenüber der Politik in Ostafrika erfolgt sind, die Richtigkeit dieser Politik betont hat. Jetzt hat sie in Ostafrika die Feuerprobe bestanden. Es war richtig, dass wir die Eingeborenen erzogen haben, dass man keine Gewaltpolitik getrieben hat.“

So die Wahrheit, die nicht verschweigt, dass Deutschland in den Kinderjahren seiner Kolonialpolitik auch Fehler gemacht hat. Aber ein Bestreben durchglühte das ganze deutsche Volk: Es wollte die Fehler ablegen. Darum hat die Kritik nicht geschwiegen. Im deutschen Reichstag ist offen vor aller Welt an Einzelmassnahmen scharfe und unnachsichtliche Kritik geübt worden. Nun geht Evans Lewin her und stellt in seiner Schrift nur diese Einzelkritiken zusammen. Er reisst die Reden aus ihrem Zusammenhang heraus und verfälscht dadurch den Sinn derselben; er verschweigt, was in denselben Reden zum Ruhm und Erfolg der deutschen Kolonialpolitik ausgeführt worden ist. Er unterdrückt auch die oben erwähnten Sätze, die ich während des Krieges im Reichstag gesprochen habe. Ein solches Verhalten ist unehrlich und zeigt die Schwäche des englischen Standpunktes. Deutschland scheut kein Urteil über seine Kolonialpolitik, vor keinem Gerichtshof der Welt; aber der Gerichtshof muss objektiv sein. Evans Lewin hat eine Tendenzschrift schlimmster Art geschrieben. Wenn deutsche Reichstagsabgeordnete, zu denen auch der Schreiber dieser Zeilen gehört, im Reichstag gegen Griffe und Missgriffe der deutschen Verwaltung Stellung genommen haben, so haben sie immer daneben anerkannt, dass Deutschland Grosses und Gutes geleistet hat. Ihre Kritik diente nur dem Zweck, das Höchste, Beste und Edelste für die Bevölkerung in Afrika zu erreichen. Dabei traten sie allerdings in der Frage der Mittel und Wege zu diesem Ziel manchmal in

Gegensatz zu eigenen Volksgenossen. Wenn aber Evans Lewin nur diese Kritiken hervorhebt und zusammenstellt — und daraus besteht seine ganze Schrift — so versündigt er sich gegen die Wahrheit. Hiergegen kann nicht laut und offen genug protestiert werden. Ich tue das in meinem Namen, wie ich es schon im Reichstag getan habe, ich tue es aber auch im Namen der anderen Abgeordneten und im Namen der anderen Gewährsmänner, die Evans Lewin in seiner Schrift anführt.

Diese einmütige Kundgebung der von Lewin missbrauchten Reichstagsabgeordneten wird sehr wirksam ergänzt durch massgebende englische Urteile.

Nachdem englische Staatsmänner und Kolonialpolitiker seit ungefähr einem Jahre plötzlich entdeckt hatten, dass sich die Deutschen zum Kolonisieren in keiner Weise eignen, dürfte es nicht uninteressant sein, festzustellen, in welcher lobender Weise sich noch einige Monate vor dem Kriegsausbruch 1914 hervorragende englische Kolonialleute, wie Lord Milner etc., über deutsche Kolonisationsmethoden ausgesprochen haben; Deutschland wird in mancher Beziehung dem Engländer geradezu als Muster hingestellt. Damit die folgenden Angaben jederzeit nachgeprüft werden können, wird eine genaue Angabe des Datums, an dem die Aussprüche getan wurden, beigefügt. Veröffentlicht sind die Reden in der englischen Monatsschrift „United Empire“, Heft vom Februar 1914, erste Sitzung des Royal Colonial Instituts vom 13. Januar 1914. Viscount Milner als Vorsitzender sagte nach einer Rede des Münchener Professors Bonn:

„Grossbritannien hätte eine lange und sehr vielseitige Erfahrung als kolonisierendes Land. Deutschland ist verhältnismässig ein Neuling auf kolonialem Gebiet und hat sich, nachdem es eingetreten ist, seiner ungewohnten Aufgabe mit charakteristischer Gründlichkeit und Energie unterzogen. Es würde ein grosser Fehler sein, zu glauben, dass wir von seiner Erfahrung auf diesem

Gebiet nichts zu lernen haben, wie auch Deutschland viel, auf jeden Fall aber etwas, zu lernen hat von unserer langen Geschichte als Kolonialvolk. Stolz wie wir auf unseren alten Ruf in dieser Hinsicht sind, würde derjenige ein sehr oberflächlicher oder unerfahrener Mensch sein, der dächte, wir wissen alles, was über Kolonialpolitik zu wissen ist, oder dass wir uns es leisten können, die Anstrengungen und Erfahrungen anderer Nationen zu missachten, welche denselben Aufgaben, die wir haben, gegenüber gestellt sind.....

Wir haben alle Hände voll zu tun, gerade in dieser Hinsicht zu voll, als dass uns Zeit oder Entschuldigung bliebe für Feindseligkeit und Neid. Andererseits ist Raum genug, für ehrbaren Wettstreit, die materiellen Hilfsquellen dieser reichen Länder zu entwickeln und das Prestige der europäischen Zivilisation unter ihren primitiven Völkern aufrecht zu erhalten.“

George Foster, Parlamentsmitglied und Handelsminister von Kanada:

„Wir waren immer geneigt zu glauben, dass das britische Reich und Volk ein bedeutendes Kolonialvolk ist und sicherlich ist sein Ruf ein sehr stolzer und berühmter gewesen, aber die Kraft und Stärke und das System, mit dem Deutschland sich in den letzten Jahren der Arbeit der ausländischen Kolonisation unterzogen hat, ist sehr beachtenswert gewesen. Ich hatte immer schon einen Einblick darin und ich freue mich darüber, feststellen zu können, dass ich von jetzt ab noch einen deutlicheren Begriff davon haben werde.“

Sir Lucas:

„Professor Bonn hat soeben über die deutsche Kolonialpolitik gesprochen. Vergewärtigen Sie sich auch, dass das eine Arbeit von nur 30 Jahren ist? Es ist die fabelhafte Leistung eines grossen Volkes. Man hat uns gesagt, dass die Deutschen im Nachteil wären, weil sie die Überseearbeit begannen, als der Rest der Welt aufgeteilt war; aber sie sind auch andererseits wieder im Vorteil gewesen; da sie später damit anfangen, haben sie durch die Fehler anderer Leute Vorteile errungen und es

gibt nichts Wertvolleres und nichts Erfreulicheres, als die Fehler der Älteren zu studieren. Und als ein wissenschaftliches Volk haben sie sich zu einer Zeit dieser Arbeit unterzogen, als die Macht der Wissenschaft bereits entwickelt war. Die Engländer, Franzosen und Holländer machten Fehler über Fehler vom Zeitalter des Dampfes bis zur Elektrizität, aber die wissenschaftlichste Nation der Welt hat die Arbeit zu einer Zeit aufgenommen, als die wissenschaftlichen Kräfte ihren Höhepunkt zu erreichen begannen. Die Deutschen haben noch einen anderen Vorteil gehabt; sie sind ein Volk, das selbst weiss, was es will und da sie gute Sprachkenner sind, wissen sie auch für gewöhnlich, was andere Leute wollen. Wir sind nicht gute Sprachkenner, geben uns nicht die Mühe, anderer Leute Wesen zu studieren.“

Robert Melville:

„Die Kolonialvölker sollten gemeinsame Bestrebungen haben statt wie jetzt gegeneinander zu arbeiten und zu streiten. Achtung ist der wissenschaftlichen Art und Weise, mit der Deutschland seine Hilfsquellen entwickelt hat, bereits gezollt worden; es war keine Frage, dass Deutschland weiter gewaltige Fortschritte gemacht hätte. Die Arbeitsmengen, die Deutschland im Kolonisieren geleistet hat, gereichen ihm zur Ehre.“

Weiter liest man im Heft Nr. 7, Juli 1913 der genannten Zeitschrift von L. Hamilton über die deutschen Kolonien 1911/12:

„Wo immer der Deutsche sein mag, der Schulmeister ist überall dabei; in Verbindung mit den Missionaren haben die Kolonialregierungen die Erziehung der Eingeborenen zu einer geradezu bewunderungswerten Grösse entwickelt. Die Zahl der eingeborenen Schulkinder ist in schnellem Steigen und der Grund hierfür liegt vor allem in der friedlichen und harmonischen Art und Weise, mit der Verwaltung und Mission sich gegenseitig unterstützt haben. Die Verwaltungsarbeit in den Hinterlandsbezirken ist durch die Hilfe der Missionare wesentlich erleichtert worden, und wir haben das angenehme Bild, dass Regierung,

Mission und Schutztruppe ohne jede Friktion in der Verwaltung der Kolonien und in der Erziehung der Eingeborenen Hand in Hand arbeiten.“

Heft 1 vom Januar 1911 enthält einen 11 Seiten langen Artikel über deutsche Kolonialpolitik. In der Einleitung heisst es:

„Deutschland ist, was Erziehung anlangt, in der Welt Führer, wenn man das Wort in der Bedeutung von Kultivierung der intellektuellen Kraft auffasst. Daher ist es auch nicht überraschend, dass ihre Kolonialerziehung eine gute ist. Wir Engländer wissen zu unserem Schaden, dass die Deutschen in den Fällen, in denen sie uns übertroffen haben, es getan haben kraft ihrer besseren Erziehungsmethoden, und wir würden gut tun, diese Lektion zu studieren. Um ein Beispiel zu nennen: „Wenn wir uns fragen, warum und wie ist Deutschland so schnell vorwärts gekommen, sagen wir in der Schiffsbaukunst, so finden wir, dass Institute, wie die Charlottenburger Technische Hochschule, eine viel grössere Rolle als 1—2 Dreadnoughts gespielt haben und weiter noch spielen werden, dasselbe gilt vom Hamburger Kolonialinstitut.“....

Es folgten dann eingehende Schilderungen der drei Institute: Orientalisches Seminar, Berlin, Kolonialschule Witzenhausen, Hamburger Kolonialinstitut.

Noch eine beachtenswerte englische Stimme zum Schluss aus der Zeit des Weltkrieges. In „The Milestones of African Civilisation“ Nr. 7, July 1917, United Empire, schreibt Robert Williams:

„Deutschland war vor diesem Kriege weit und breit das einflussreichste Volk in diesem Lande. Die Deutschen waren allen überlegen, und sie werden es nach dem Kriege bleiben, wenn unser Land nicht seine Geschäfts- und Erziehungssysteme reformiert. Warum waren die Deutschen so erfolgreich? Ich glaube aus einem sehr einfachen Grunde, und der ist: dass Deutschland

hundert gründlich ausgebildete Geschäftsleute und ausgezeichnete Sprachkenner aussendet gegen einen einzigen von uns, Leute, die Tag und Nacht arbeiten, selten spielen, und die Freude an der Arbeit haben. Die Deutschen arbeiten fast nach militärischen Grundsätzen. Sie erfassen alle strategischen Lagen des Handels und des Finanzwesens.“

So haben Engländer ruhig und sachlich geurteilt. Schämt sich Evans Lewin nicht vor seinen eigenen Landsleuten? Lewin verfolgt ein festes Ziel. Er will Deutschland ausschliessen von der Kolonisierung Afrikas, er will eine Alleinherrschaft Englands in Afrika herbeiführen. Gegenüber diesem englischen Machtbestreben habe ich bereits am 22. Februar 1918 im Reichstag ausgeführt:

„Die Kolonialpolitik in Afrika kann deutschen Geist und deutschen Einfluss überhaupt nicht entbehren. Wir haben es bewiesen — ich weise nochmals hin auf unsere ostafrikanische Politik, wo die Geschichte es gezeigt hat —: die restlose Erschliessung, Kultivierung und Christianisierung Afrikas konnte ohne Mitwirkung des deutschen Volkes gar nicht herbeigeführt werden. Es sind nicht etwa lediglich engherzige deutsche Gesichtspunkte vom Standpunkt unserer Wirtschaftspolitik aus, die uns zu dieser Forderung bestimmen, sondern es sind grosse allgemeine Menschheitsideale, die wir vertreten, wenn wir die Forderung erheben, dass bei der Neuaufteilung der afrikanischen Welt auch Deutschland in gebührender Masse berücksichtigt werden muss.“

Ich befinde mich damit in voller Übereinstimmung mit dem Leiter des Kolonialwesens, Staatssekretär Dr. Solf, welcher am 20. August 1918 in seiner bekannten Rede in der „Deutschen Gesellschaft“ ausführte:

„...Die kurze Geschichte unserer Kolonien zeigt, dass wir weder in Afrika noch in der Südsee aggressive Politik treiben wollten und getrieben haben. Wir erstreben keine Vorherrschaft und kein Übergewicht, wir wollen einen Ausgleich unter den Kolonialstaaten. Wir

wünschen eine Regelung der kolonialen Fragen nach dem Grundsatz, dass kolonialer Besitz den wirtschaftlichen Kräften der europäischen Nationen entsprechen soll und ihrer in der Geschichte bewiesenen Würdigkeit, die ihnen anvertrauten farbigen Völker zu beschützen. Die wirtschaftliche Tüchtigkeit allein ist kein genügender Rechtstitel. Kolonisieren heisst Missionieren. Diejenigen Staaten, die nach diesem Grundsatz vor dem Kriege zu handeln bestrebt waren, die die Menschheit auch in den Farbigen achteten, diese Nationen haben das moralische Recht erworben, Kolonialmacht zu sein. Dieses Recht hatte sich Deutschland vor dem Kriege erworben.“

Deutschland hat in kurzfristiger, dreissigjähriger Tätigkeit den vollen Befähigungsnachweis dafür erbracht, dass es koloniasatorisch mit Erfolg tätig sein könne. Ich werfe keinen Stein auf ein anderes Volk, aber das darf ich sagen: Es gibt Kolonialvölker, die länger als dreissig Jahre auf diesem Gebiete arbeiten und weniger an Segen für die Eingeborenen und für die Erschliessung fremder Gebiete gearbeitet haben als Deutschland. Englands grosse Erfolge auf kolonialem Gebiete bestreite ich nicht; sie sind weltbekannt. Aber auch der englische Kolonialweg ist mit Blut bespritzt und mit Leichen besät; auch dies ist weltbekannt. Unbestritten steht die Tatsache, dass Deutschland in drei Jahrzehnten in Ostafrika mehr Kultur den Eingeborenen gebracht hat als England in drei Jahrhunderten in Indien. Bis heute ist Englands Herrschaftssystem in Indien ein solches brutalster Vergewaltigung. Der in Indien regierende, Vizekönig betitelt Generalgouverneur, oberster militärischer Befehlshaber und höchster Zivilbeamter des Kaiserreichs, ist geradezu absoluter Herr über die indischen Millionen Menschen; er darf nur nicht dem Indischen Amt in London ausdrücklich zuwiderhandeln und keinen Angriffskrieg führen. Die Provinzgouverneure wie die ihm zur Seite stehenden Räte, fast ausnahmslos Engländer, stärken seine dik-

tatorische Gewalt in jeder Richtung. Von den 250 Millionen Indern stehen aber nur eine Viertelmillion auf der Zivilisationsstufe halbgebildeter Engländer, und auf wenige Tausend gar beläuft sich die Zahl derjenigen, die als indische Intelligenz mit europäischer Bildung und von modernem politischen Empfinden angesprochen werden können; diese gehören zudem fast ausschliesslich der Kaste der Brahmanen an. Deutsch-Ostafrika in seinen Missions- und Eingeborenen-schulen umfasste vor dem Krieg einen weit höheren Prozentsatz des Volkes als alle Schulen in Indien. Die sanitären Verhältnisse dieser jungen deutschen Kolonie sind besser als die englischen Einrichtungen im alten Kulturland Indien mit seiner Pest (Hunger, Beulen) und anderen volksverheerenden Seuchen.

Wer aber hat sich in diesem Weltkrieg am tiefsten und schwersten gegen den kolonialen Gedanken versündigt: Wer hat der weissen Rasse unermesslichen Schaden, vielleicht unersetzbaren Schaden wegen kurzfristigen Kriegsgewinnes in Afrika zugefügt? Es ist England. Die Kongoakte, feierlich unterzeichnet durch Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Niederlande, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen, Spanien, Türkei, Vereinigte Staaten von Amerika, Kongostaat und Sansibar, bestimmte in ihrem Artikel 11:

„Falls eine Macht, welche Souveränitäts- oder Protektoratsrechte in den im Artikel 1 erwähnten und dem Freiheitssystem unterstellten Ländern ausübt, in einen Krieg verwickelt werden sollte, verpflichten sich die Hohen Teile, welche die gegenwärtige Akte unterzeichnen, sowie diejenigen, welche ihr in der Folge beitreten, ihre guten Dienste zu leihen, damit die dieser Macht gehörigen und in der konventionellen Freihandelszone einbegriffenen Gebiete, im gemeinsamen Einverständnis dieser Macht und des anderen oder der anderen kriegführenden Teile, für die Dauer des Krieges den Gesetzen der

Neutralität unterstellt und so betrachtet werden, als ob sie einem nichtkriegführenden Staate angehörten. Die kriegführenden Teile würden von dem Zeitpunkt an darauf Verzicht zu leisten haben, ihre Feindseligkeiten auf die also neutralisierten Gebiete zu erstrecken oder dieselben als Basis für kriegerische Operationen zu benutzen.“

Wer hat diesen feierlichen internationalen Vertrag in Fetzen zerrissen? England. Katholische und protestantische Missionare legten bereits im ersten Vierteljahr des Krieges feierliche Verwahrung gegen diesen Völkerrechtsbruch ein. Wie weit aber der Völkerrechtsbruch ging, das gesteht der Bischof von Sansibar, den Evans Lewin als Kronzeugen anführt, in seinem offenen Brief selbst ein, in dem er schreibt:

„Tausende von eingeborenen deutschen Untertanen dieser Kolonie wurden von Grossbritannien als Träger zur Front in Dienst genommen. Sie halfen unsern Streitkräften, ihre früheren Herren töten oder gefangen nehmen. Grossbritannien nahm diese Menschen in Dienst, weil es ihrer bedurfte.“

Die rücksichtsloseste Verletzung der Kongoakte wird also von dem englischen Kronzeugen selbst zugegeben, und nur eine Berechtigung für dieses Europa so schwer schädigende Treiben kann dieser Kronzeuge angeben: Englands Egoismus. „Weil es ihrer bedurfte“. Kein Rechtssatz, keine moralische Forderung, sondern krasser Egoismus, ein Teil von jenem Egoismus, der die englische Politik dazu treibt, ganz Afrika unter englische Vormundschaft zu stellen, damit neben Australien noch ein zweiter Erdteil England ausschliesslich zur Verfügung steht. So hat England den „Militarismus“ in den schwarzen Erdteil eingeführt.

Wie aber hat England während des Krieges in Ostafrika Kultur getrieben? Der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ (Nr. 442, vom 30. August 1918) liegt ein aus-

führlicher Bericht über die Zustände vor, wie sie sich bis zum Ende des Jahres 1917 in Deutsch-Ostafrika unter der englisch-belgischen Besetzung entwickelt haben. In dem Bericht heisst es u. a.:

„Der Krieg räumt unter den deutschostafrikanischen Eingeborenen erschreckend auf. Genickstarre, Schlafkrankheit, Pocken wüten überall. In Urundi herrscht eine Seuche, deren Natur den Aerzten noch unbekannt ist. Die Eingeborenen kommen am Morgen noch frisch zum Markt, fangen plötzlich an zu taumeln und sind meist abends tot.....

Wie ich amtlich erfahren habe, ist der Trägerverbrauch besonders der Engländer ein ungeheurer. 30,000 tote Träger ist der Monatssatz der beiden Verbündeten. Einen Teil tragen Britisch-Ostafrika, Portugiesisch-Ostafrika, der Kongo. Die grössere Anzahl stammt aber aus Deutsch-Ostafrika. Ich habe krank zurückkehrende Träger in grossen Scharen gesehen, die wohl nie wieder gesund werden. Deutsch-Ostafrika wird durch den Krieg so vollkommen ruiniert, dass es fraglich ist, ob es wieder hoch gebracht werden kann. Dazu kommt, dass nahezu alle den Deutschen gehörigen Pflanzungen verkommen. Auch hier muss von vorn angefangen werden....

Das rollende Material der Tanganjika-Bahn gerät, seit die Deutschen die Maschinen nicht mehr führen — sie wurden im Mai 1917 bei Beginn der neuen Offensive der Belgier von den Maschinen genommen, — in Verfall. Die Personen- und andere Wagen starren von Schmutz; obgleich genug Personal für alle Arbeiten vorhanden ist, geschieht nichts.“

Der Bericht verrät dann noch weiter, dass von den Belgiern in Massen Schlachtvieh aus Deutsch-Ostafrika nach dem Kongo geschafft wird und dass für dieses den Eingeborenen weggenommene Vieh nur ganz geringe Preise gezahlt werden. Weiter wird in dem Bericht auf das völkerrechtswidrige Verfahren der Engländer aufmerksam gemacht, Eingeborene aus Deutsch-Ostafrika, ins-

besondere frühere Askari und Diener der deutschen Beamten, Offiziere und Zivilpersonen, in die fechtende Truppe einzustellen. Mit Rücksicht auf das angekündigte englische Blaubuch über die angeblich schlechte deutsche Verwaltung in Ostafrika ist es nicht uninteressant, dass der Berichterstatter in seinem Bericht erwähnt, wie sowohl von belgischer als auch von englischer Seite in Deutsch-Ostafrika während des Jahres 1917 lügenhafte und den Tatsachen offensichtlich hohnsprechende Aussagen von Eingeborenen gesammelt wurden, insbesondere von solchen Eingeborenen, die Beziehungen zu den fremden, d. h. englischen, belgischen oder französischen Missionen hatten.

Die Strafe für diese Versündigung an der Kolonisation wird England selbst treffen — aber leider ganz Europa mit. Ein Weltinteresse liegt vor, die Ausführung dieser englischen Pläne zu verhindern und in Afrika allen kolonialisatorischen Völkern Gleichberechtigung und freie Bahn zum Wohle der Eingeborenen und für die Förderung der europäischen Interessen zu gewähren.

Berlin, August 1918.

M. Erzberger,
Mitglied des Reichstags.

Richtigstellungen.

I.

Dagegen, dass in englischen Propagandaschriften, die den Zweck haben, für Raub der deutschen Kolonien Stimmung zu machen, Ausführungen von mir, die ich vor Jahren im Reichstag gemacht habe, als Beweis dafür angeführt werden, einer deutschen Verwaltung dürften tropische Gebiete aus Rücksicht auf das Schicksal der Eingeborenen nicht wieder anvertraut werden, lege ich energisch Verwahrung ein. Von derselben Reichstagstribüne, von der ich öfter Zustände in den deutschen Schutzgebieten scharf kritisiert habe, setze ich mich ebenso energisch dafür ein, dass die deutschen Kolonien beim Friedensschluss unbedingt an Deutschland zurückgegeben werden müssen, nicht zum Zwecke der Förderung kapitalistischer Profite, sondern weil die Rücksichtnahme auf die Interessen der deutschen Arbeiterschaft es gebietet.

Es liegt kein Anlass dazu vor, beschönigen zu wollen, dass in den Anfängen der deutschen Kolonialpolitik mancherlei gesündigt worden ist. Solche Fehler und Mängel sind im Reichstage von Wortführern der sozialdemokratischen Fraktion, wiederholt auch von mir selbst, scharf kritisiert worden. Wem es auf die Beseitigung von Missständen ankommt, schiebt diese naturgemäss in den Vordergrund des Interesses und nimmt in der Regel davon Abstand, daneben auch darüber zu sprechen, was einwandfrei ist oder gutgemacht wurde, weil das meistens sowieso bekannt ist. Mit Genugtuung kann festgestellt werden,

dass die im Reichstag geübte Kritik beträchtlichen Erfolg gehabt hat. Die Verwaltung der deutschen Kolonien ist immer besser geworden, weil man einsehen gelernt hatte, dass die Förderung der eingebornen Bevölkerung die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung der Schutzgebiete ist. Das ist keine Behauptung, die ich erst jetzt aufstelle, wo die Frage um den zukünftigen Besitz der deutschen Kolonien die Gemüter in Deutschland und England lebhaft bewegt, sondern ich kann den urkundlichen Nachweis dafür erbringen, dass ich diese Auffassung auch schon vor dem Kriege vertreten habe.

In meinem Buche „Kolonialpolitik und Sozialdemokratie“, das im Mai 1914 im Verlag von J. H. W. Dietz, Nachf., Stuttgart, erschienen ist, habe ich ausführlich behandelt, was nach meiner und meiner Parteigenossen Ansicht in den Kolonien noch zu bessern sei, aber auch eine Menge Material dafür angeführt, wie erfreulicherweise allmählich ein durchaus verständiger Geist in der deutschen Kolonialpolitik zur Geltung komme.

Es ist nicht wahr, dass in den deutschen Schutzgebieten allgemein geschossen und die Bevölkerung dezimiert worden ist. Beträchtliche Zeit vor dem Kriege war es Leitgrundsatz der deutschen Kolonialpolitik geworden, dass der Eingeborene der wichtigste Besitz in den Schutzgebieten sei. Von Ausnahmefällen abgesehen, ist auch darnach verfahren worden.

Nach der Befriedung von Kamerun und Ostafrika sind nennenswerte Kämpfe mit den Eingeborenen nicht mehr ausgefochten worden. In Togo wurde seit 1900 auf die Eingeborenen kein Schuss mehr abgegeben. Im letzten amtlichen Verwaltungsbericht für die Zeit vom April 1912 bis April 1913 war über Aufstände und Kriegszüge nichts zu berichten. Als die Übernahme von Neukamerun erfolgte, befürchtete die Verwaltung bei draufgängerischem Vorgehen den Ausbruch eines grossen Aufstandes. Die

ausrückenden Besatzungstruppen erhielten vom Gouvernement deshalb einen Befehl mit auf den Weg, in dem es hiess: „Schüsse aus dem Busch bedeuten durchaus nicht immer Feindseligkeit; eine gute Truppe müsse es über sich gewinnen, auch auf sich schiessen zu lassen, ohne das Feuer zu erwidern.“

Dass die deutschen Beamten, die anfänglich ohne koloniasatorische Erfahrung in die Schutzgebiete gingen, manche Fehler gemacht haben, wird niemand leugnen. Die Engländer hatten vor ihnen eine längere Praxis voraus. Aber haben nicht Frankreich und England ebenfalls recht langwierige und sehr blutige Kolonialkriege führen müssen? Das, was nicht zuletzt von Engländern über die Misswirtschaft am Kongo unter dem Regime des Belgierkönigs Leopold festgestellt worden ist, hält mindestens jeden Vergleich mit Ungehörigkeiten in den deutschen Schutzgebieten aus, wahrscheinlich geht es weit darüber hinaus. Den ärgsten Misständen bei der Arbeiterbeschaffung für Plantagen und Bahnbauten war in den deutschen Schutzgebieten durch den Erlass von Anwerbe- und Arbeitsordnungen entgegengewirkt worden. Der Staatssekretär Dr. Solf hat sich bei der Beratung seines Etats für das Jahr 1914 ausdrücklich dazu verpflichtet, die Gouverneure anzuweisen, jede Arbeitsordnung, die einen Arbeitszwang enthält, aufzuheben. Dazu hat der Reichstag einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, wonach dem Arbeitsverhältnis der Eingeborenen der freie Arbeitsvertrag zugrunde zu legen sei, bei Festsetzung von Minimallöhnen und einer maximalen Arbeitszeit durch die Regierung. Die Arbeitszeit in Ostafrika war auf 10 Stunden festgesetzt von 6 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags. Der Farbige hatte nur vier Arbeitstage, während er an drei Tagen der Woche nicht zur Arbeit verpflichtet war. Für Deutsch-Südwestafrika sind im Jahr 1911 Arbeitsordnungen erlassen und Eingeborenenkom-

missare zur Überwachung der Gesundheitsverhältnisse der Farbigen eingesetzt worden.

Es liessen sich eine ganze Menge Beispiele dafür anführen, wie, mitbewirkt durch die im Reichstag geübte Kritik, auf den allerverschiedensten Gebieten für eine Verbesserung der Verhältnisse in den deutschen Schutzgebieten gesorgt wurde. In bezug auf die Steuererhebung hatte z. B. der Staatssekretär Dr. Lindequist angeordnet, man müsse mit der allergrössten Vorsicht vorgehen, damit nicht durch zu harte Steuern Eingeborenenaufstände entfesselt werden. In Kamerun war das Trucksystem verboten worden. Die Einführung von Alkohol in die deutschen Kolonien war auf ein Minimum herabgedrückt worden. Dass es nicht zu einem gänzlichen Verbot der Schnapseinfuhr an der westafrikanischen Küste gekommen ist, war die Schuld Frankreichs, das sich weigerte, einem solchen internationalen Abkommen beizutreten.

Für die Verbesserung und Steigerung der Produktion der Eingeborenen hat sich die deutsche Verwaltung nachdrücklich bemüht. Farbige Landwirtschaftslehrer wurden ausgebildet, landwirtschaftliche Versuchsstationen angelegt, Pflanzen- und Tierkrankheiten erkundet und bekämpft. Man kann sagen, dass sich vor dem Kriegsausbruch in bezug auf die Eingeborenenpolitik allgemein in den deutschen Kolonien der Grundsatz durchgesetzt hatte, den der Gouverneur für Neuguinea in seinem letzten erstatteten Berichte aufgestellt hatte: Befriedung im Schutzgebiet, soziale Umgestaltung der Stämme, allgemeine reichste sanitäre Fürsorge und Heranschulung, um mit Sicherheit auch als Endziel eine angemessene kulturelle und wirtschaftliche Hebung zu erreichen.

Dass bei der Niederwerfung der Aufstände eine Menge Menschen zugrunde gegangen sind, ist bedauerlicherweise richtig. Manches ist später durch die Unterdrückung des Sklavenhandels, die Beseitigung der Stammesfehden,

bei denen eine Menge Blut floss, und ganz besonders durch die umfassende sanitäre Fürsorge im Interesse der Eingeborenen wieder gutgemacht worden. Staatssekretär Solf konnte im Anfang 1914 mit nicht unberechtigtem Stolz auf die beträchtlichen Aufwendungen hinweisen, die zur Bekämpfung von Seuchen und Krankheiten aller Art in den deutschen Schutzgebieten gemacht worden sind. Die Summe, die von 1909 bis 1913 in den deutschen Kolonien für Sanitätszwecke verwendet worden ist, beträgt nach einer Berechnung des Staatssekretärs 26 Millionen Mark. Auch das, was für Schulzwecke allmählich geleistet worden war, konnte sich als ein bescheidener Anfang immerhin sehen lassen.

Gesündigt haben alle Länder, die Kolonialpolitik trieben. Was englische Menschenfreunde zur Kritik der englischen Kolonialwirtschaft gesagt haben, bleibt an Schärfe hinter dem nicht zurück, was wir glaubten, im Deutschen Reichstage aussprechen zu müssen. Gerade jetzt während des Weltkrieges sind aber Franzosen und Engländer die letzten, die ein Recht dazu haben, sich über die Vernichtung von Menschenleben in den deutschen Kolonien zu entrüsten, die ich ganz gewiss nicht nachträglich auch nur mit einem einzigen Worte entschuldigen oder verteidigen möchte. England und Frankreich belasteten sich mit der unsühnbaren Schuld, unter flagranter Verletzung völkerrechtlicher Abmachungen den Krieg nach Afrika hineingetragen zu haben, dazu haben beide Staaten, besonders aber Frankreich, Hunderttausende von Negern in den tropischen Gebieten zwangsweise zum Heeresdienst gepresst und sie auf die europäischen Schlachtfelder als Kanonenfutter geschleppt. Nur ein Bruchteil dieser bedauernswerten Farbigen, die Frankreich für seinen Eroberungskrieg einsetzt, wird die Heimat wiedersehen. In Massen düngen sie den französischen Boden. Das übertrifft an Rücksichtslosigkeit und Unverantwortlichkeit alle Handlungen,

die jemals in den deutschen Kolonien begangen worden sind.

Wenn England und seine Verbündeten Misstände in den tropischen Gebieten beseitigen wollen, so sollen sie in den eigenen Kolonien damit beginnen. Nach dem Friedensschluss wird die deutsche Volksvertretung darauf Bedacht zu nehmen wissen, dass in den wiedererlangten deutschen Schutzgebieten Menschlichkeit und Humanität in vollem Umfange zu ihrem Rechte kommen.

Chemnitz, 27. 8. 1918.

Gustav Noske,

Mitglied des Reichstags.

II.

Abg. Dr. Müller-Meiningen, von dem Lewin einen Satz aus einer vor 12 Jahren gehaltenen Rede zitiert, erklärt demgegenüber: Die Ententeschriftsteller sind Meister in der Kunst, alles zu verdrehen und zugunsten ihrer Auftraggeber zu benützen. Ihnen muss alles zum besten dienen!

Es ist möglich, dass ich einmal einen ähnlichen Satz auf Grund einer konkreten Behauptung ausgesprochen habe. Das Zitat ist jetzt in der Broschüre der Entente jedenfalls völlig aus dem Zusammenhang gerissen und verallgemeinert. Diese Fälschung zeigt aber zugleich jedem halbwegs objektiven Beurteiler, wie scharf wir deutschen Parlamentarier in der Vergangenheit stets kolonialen Übeltätern auf die Finger klopften. Rücksichtslos haben wir jeden Sünder verurteilt, und nicht eher geruht, bis Sühne für ein Vergehen folgte. Haben die englischen Cant-Fabrikanten ebenso gehandelt?

Ihre Sünden in Ägypten, Südafrika, Indien, Südamerika, von Irland ganz abgesehen, haben zum Himmel gerochen: aber mit scheinheiligem Augenverdrehen blicken

sie, die wahren Pharisäer, die alle Scheusslichkeiten des Krieges der schwarzen Rasse gegen die Weissen durch den Bruch der Kongoakte, durch den grössten Frevel einer zivilisierten Nation im Jahre 1914 herbeigeführt haben, auf die deutsche Kolonialvergangenheit, der soeben erst einer der besten Kolonialkenner, Sir Harris Johnston, ein glänzendes Zeugnis ausgestellt hat. Wo bleibt denn die englische Entrüstung über die belgischen Kongo-greuel, dieses vieljährige Steckenpferd englischer Selbstgenügsamkeit und überlegener Kultur? Wo die Entrüstung gegenüber serbischer und über französische Grausamkeit?

Man staunt nur immer von neuem über das geradezu unbegreifliche Mass naiver Gläubigkeit gegenüber dem englischen Weltschwindeltum. Jedenfalls erhebe ich gegenüber dem schändlichen verallgemeinernden Missbrauch meiner schon viele Jahre zurückliegenden gelegentlichen konkreten Bemerkung schärfsten Protest. Unsere Kolonialarbeit kann sich kulturell vor der ganzen Welt sehen lassen. Wir kämpfen um die Zurückerstattung und den Ausbau unseres kolonialen Reichs als um eines der grossen Ziele dieses Weltringens und werden nicht erlahmen, bis wir das Recht auf freie Entwicklung, auf Rohstoff und Absatz in der Welt uns erkämpft haben; das ist die Anschauung der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes ohne Unterschied der politischen Parteilassung, das mögen sich die Herren Balfour und Genossen merken.

München, 28. 8. 1918.

Dr. Ernst Müller-Meiningen,

Mitglied des Reichstags.

Der Arbeitszwang in Ostafrika.

Beim Durchlesen des 2. Kapitels: „Die moderne Sklaverei Arbeitszwang“ habe ich den Eindruck gewonnen, dass der Verfasser die ganze Entwicklung von Deutsch-Ostafrika seit 1906 entweder nicht gekannt oder absichtlich verschwiegen hat. Jedem, der ein Interesse für die Kolonie Deutsch-Ostafrika hatte, müssen die Kämpfe in Erinnerung geblieben sein, welche die Kolonialverwaltung mit den Anhängern des Arbeitszwanges sowohl innerhalb als ausserhalb des Parlaments durchfechten musste und welche mit dem vollen Siege des freien Arbeitsprinzips ihr Ende erreichten. Dass solche Kämpfe überhaupt stattgefunden haben, ist keine spezielle Erscheinung der deutschen Kolonie. Sie haben sich bei allen Kolonien aller europäischen Staaten in tropischen Ländern wiederholt, aber wohl in keiner ist die Entscheidung so schnell und so vollständig zugunsten der freien Arbeit durchgeführt worden wie gerade in Deutsch-Ostafrika. In dieser Kolonie, wie in jeder anderen, behaupteten die europäischen Unternehmer, dass sie für den nutzbringenden Betrieb ihrer Pflanzungen eines Arbeitszwanges nicht entbehren könnten und dass dieser sowohl durch direkte Regierungsmassregeln als auch durch Erhöhung der Hüttensteuer bzw. Kopfsteuer und durch Verhinderung mit ihren Betrieben konkurrierender Pflanzungen der Eingeborenen herbeigeführt werden müsste. Es ist nicht zu leugnen, dass die seit 1906 im schärfsten Gegensatz zu dieser Auffassung stehenden Massnahmen der Kolonialverwaltung heftigen

Angriffen seitens der Interessenten ausgesetzt waren, aber ebensowenig ist zu leugnen, dass die Kolonialverwaltung sich dadurch nicht irre machen liess und schliesslich durch das Aufblühen der Kolonie und die dauernde friedliche Entwicklung derselben ihre volle Rechtfertigung gefunden hat. Um die Angriffe in dem Kap. 2 zu entkräften, möge es mir gestattet sein, zwei Erlasse wörtlich anzugeben, aus denen sich die Auffassung der Kolonialverwaltung ergibt und welche wohl mehr als lange Ausführungen geeignet sind, den Standpunkt der Regierung in der Frage eines direkten oder eines indirekten Arbeitszwanges klarzustellen. Der erste Erlass datiert vom 22. II. 1907 und lautet folgendermassen:

„Dem Kaiserlichen Bezirksamt ist es bekannt, dass die verschiedenen Vorschläge auf Erhöhung der Hüttensteuer in den Nordbezirken seitens der Kolonialabteilung abgelehnt wurden.

Die gesamten Verhandlungen hatten ergeben, dass weder das Gouvernement noch die Interessenten von derartigen, an sich schon bedenklichen Massnahmen eine durchgreifende und anhaltende Wirkung bezüglich des Arbeiterangebots erwarteten. Auch musste eine Massregel bedenklich erscheinen, welche die im allgemeinen und öffentlichen Interesse erlassenen steuerpolitischen Anordnungen in den Dienst von Privatinteressen stellt. Mit demselben Recht hätten Eisenbahnunternehmer für die von der Bahnlinie durchschnittenen Gebiete sowie alle Plantagen, Bergwerke und industrielle Unternehmer in andern Bezirken für dasjenige Gebiet, in welchem sich ihre Anlage befindet, den Anlass analoger Anordnungen verlangen können. Bei der Besprechung, welche in Berlin stattfand, wurde Übereinstimmung darüber erzielt, dass die in den Plantagenbezirken ansässigen Eingeborenen grundsätzlich zu Arbeiten auf den Plantagen nur in Ausnahmefällen herangezogen werden sollen, damit diese

Eingeborenen zum Anbau der Lebensmittel, welche zur Ernährung der aus dem Innern kommenden Arbeiter erforderlich werden, allenfalls zur Aushilfe bei plötzlich auftretenden Notständen frei und verfügbar bleiben. Das Bezirksamt wolle dies in Zukunft beachten, wobei es jedoch keinem Bedenken unterliegt, dem Jumben und Akiden in allgemeiner Form und ohne einen Zwang auszuüben, den Wunsch der Regierung auszudrücken, dass sich ihre Leute an der Arbeit beteiligen. Bei staatlichen Unternehmungen hat dieselbe Behandlung einzutreten. Eine Ausnahme findet nur bei solchen Anlässen statt, welche, wie z. B. die Beförderung von Truppen bei Aufständen, die Anwendung eines Zwangs auch in Europa rechtfertigen würden.“

Noch schärfer kommt die wirtschaftliche Freiheit der Eingeborenen in einem Erlass vom 24. X. 1907 zum Ausdruck, welcher sich auf die von dem wirtschaftlichen Verbands der Pflanzer geforderte Unterdrückung der Kaffee- und Kautschukulturen der Eingeborenen bezieht. Er lautet folgendermassen:

„Was die Kaffee- und Kautschukultur seitens der Eingeborenen anlangt, so ist es erfreulich, auch in diesem Falle festzustellen, dass die von den Pflanzern als träge geschilderten Neger einen erheblichen Erwerbssinn entwickeln und jede neue Kultur ergreifen, wenn dieselbe ihren Lebensbedingungen entspricht und Gewinn verheisst. Selbstverständlich kann von einer Berücksichtigung des Gesuchs des wirtschaftlichen Verbandes keine Rede sein. Pflicht des Gouvernements sowie der ihm unterstellten Beamten ist es, durch Hebung aller wirtschaftlichen Kräfte dieses Land nach Möglichkeit zu einem blühenden zu gestalten, nicht aber jeden Erwerbszweig, der einen guten Ertrag verspricht, zugunsten einiger weniger Interessenten zu monopolisieren. Das entspricht den Erwartungen der Kaiserlichen Regierung sowie des deutschen Volks; es

entspricht auch den Verpflichtungen, welche wir den Negern gegenüber haben, denn auch diese haben kraft kaiserlichen Schutzbriefs Anspruch auf unseren Schutz.

Nicht verständlich ist es, wie die von den Pflanzern gegebene Anregung mit der gerade in diesen Kreisen stets hervorgehobenen Erziehung des Neger zur Arbeit im Einklang zu bringen ist; denn selbstverständlich kann niemand zur Arbeit erzogen werden, wenn ihm jeder Betriebszweig, der sich als lohnend erweist, untersagt wird. Eine „Erziehung zur Arbeit“ im Sinne der Gesuchsteller würde eine zwangsweise, möglichst billige Arbeitsleistung bei den Pflanzern, somit eine neue Art von Sklaverei oder Zwangsarbeit bedeuten. Euer Hochwohlgeboren ersuche ich demgemäss, die Verfasser des Gesuchs vom 25. v. Mts. in nicht zu verkennender Weise abschlägig zu bescheiden.

In dem gefl. Berichte sind die Kulturen der Eingeborenen als wenig rationell bezeichnet. Ich vermag dieser Ansicht nicht zuzustimmen. Erfahrungen mit der Kaffee- kultur in Bukoba und an vielen Orten haben vielmehr gezeigt, dass diese Kulturen prosperieren und auf einer gesünderen wirtschaftlichen Grundlage beruhen als viele europäische Unternehmungen.

Bezüglich des Verfahrens den Häuptlingen gegenüber stimme ich damit überein, dass Arbeitsleistungen der Eingeborenen, welche das hergebrachte Mass übersteigen, unbedingt bezahlt werden. Sache des Bezirksamts wird es somit sein, dafür zu sorgen, dass Übergriffe der Häuptlinge vermieden werden, dass den Arbeitern ihr Lohn wirklich ausgezahlt wird und dass dieser Lohn ein angemessener ist. Wie hoch ein angemessener Lohn ist, lässt sich schwerlich im allgemeinen, sondern nur unter Berücksichtigung der einzelnen Umstände feststellen. Die Lohnverhältnisse regeln sich nach Angebot, Nachfrage, Lebensunterhalt- und Arbeitsbedingungen ohne Rücksicht darauf,

ob die Arbeitgeber Europäer oder Farbige sind. Denn in Deutsch-Ostafrika gibt es, was ich zu beachten bitte, für die Europäer wohl soziale und politische, aber keine wirtschaftlichen Privilegien.“

Nach diesen Grundsätzen, die von der Kolonialverwaltung wiederholt zum Ausdruck gebracht sind, ist in Deutsch-Ostafrika streng verfahren worden. Die Folge war ein alle Erwartungen übersteigendes Angebot freiwilliger Arbeiter. Jeder Arbeiteranwerber, welcher sich einen Verstoss zuschulden kommen liess, wurde unnachsichtlich von einer weiteren Tätigkeit ausgeschlossen. Die Kulturen der Eingeborenen gewannen nicht allein erheblich an Umfang, sondern dehnten sich auch auf Pflanzen aus, welche wie z. B. Baumwolle anfangs lediglich von Europäern angebaut worden waren. Stellt sich somit die in dem Kap. 2 erhobene Behauptung des Arbeitszwanges in Deutsch-Ostafrika als eine durch nichts zu beweisende und durchaus unwahre Behauptung dar, so ist der Verfasser auch jeden Beweis schuldig geblieben. Es findet sich in dem ganzen Kapitel nur eine Stelle, in welcher derjenige namentlich aufgeführt wird, der über Misstände Klage führt. Es ist dies der Pater van der Burgt, der sich darüber beklagt, dass die aus der Gegend seiner Mission abgewanderten Arbeiter nur zu einem geringen Teile dahin zurückkehren. Diese Klage ist zutreffend. Sie beruht aber auf der Entwicklung der Verkehrswege, auf der Schaffung der grossen Eisenbahnlinien und der damit verbundenen Verlegung der Wohnsitze der Eingeborenen von den bisherigen Stellen in die Nähe der neugeschaffenen Verkehrswege. Es ist ganz selbstverständlich, dass der Eingeborene, je intelligenter und je rüstiger er ist, umso eher einsieht, dass er für seinen, naturgemäss auf Landwirtschaft gerichteten, eigenen Betrieb einen besseren Absatz in der Nähe der grossen Eisenbahnlinien findet, als an seiner früheren Wohnstelle.

Da es ihm ein leichtes ist, sich irgendwo in dem weiten Gebiete niederzulassen, wählt er natürlich mit Vorliebe denjenigen Punkt, wo er den besten Erwerb findet, wenn er auch von seinem früheren Wohnsitze entfernt sein mag. So sind längs der Zentralbahn eine Reihe von neuen Eingeborenenniederlassungen entstanden, die zum grossen Teil von früheren Arbeitern europäischer Betriebe aus freien Stücken und ohne jeden Zwang seitens der Regierung angelegt worden sind. Nach dem alten Wohnsitz kehrt der Kranke oder derjenige, der einen Unfall erlitten hat, wenn er dies überhaupt ermöglichen kann, sicher, der Rüstige und Intelligente nur dann zurück, wenn dieser Wohnsitz dieselben wirtschaftlichen Aussichten bietet wie ein neuer. Für eine Missionsstation kann dies unter Umständen unangenehm sein. Sie ist zu einer Zeit angelegt worden, wo sich der Hauptverkehr in ihrer Nähe abspielte. Nun kehrt der Verkehr andere Wege, die Bewohner der Umgebung der Missionsstation folgen dem neuen Verkehrsweg und die Mission sieht ihr Tätigkeitsfeld beschränkt, weil die Menschen, auf die gerechnet wurde, wegziehen. Diese Erscheinung finden wir nicht allein bei manchen Missionsstationen im Innern, sondern auch an der Küste. So war die Mission „Der Väter vom Heiligen Geiste“ in Baganoyo sicherlich jahrzehntelang die bedeutendste Missionsstation in Ostafrika, die existierte. Seit dem Vordringen der Zentralbahn und mit dem Augenblicke, wo Daressalam dadurch an Stelle von Baganoyo der Haupthafen der Kolonie wurde, ist sie immer mehr zurückgegangen und von vielen Missionsstationen überflügelt worden. Solche Erscheinungen sind gewiss für Missionare nicht angenehm, aber sie sind unvermeidlich, wenn eine Kolonie dem Verkehr erschlossen werden soll.

Wenn der Verfasser des Buches über die deutsche Kolonisation in Deutsch-Ostafrika die englischen Methoden als die mustergültigen dahinstellt, so möge es mir auch

gestattet sein, die benachbarten unter englischer Herrschaft stehenden Gebiete mit Deutsch-Ostafrika zu vergleichen. In Deutsch-Ostafrika hat seit 1905/06 keine Erhebung irgend welcher Art gegen die deutsche Herrschaft, auch nicht lokaler Natur, stattgefunden. In Britisch-Ostafrika war 1906 die Erhebung der Nandi, 1913/14 der Aufstand der Kismaji, vorher hatte ein Aufstand der Massai, welche die Eisenbahnstation Ashi überfielen, stattgefunden. etwas früher empörte sich das Hinterland von Malindi wegen übermäßigem Steuerdruck, da die Hüttensteuer in Britisch-Ostafrika fast das Doppelte der in Deutsch-Ostafrika erhobenen, der übliche Arbeitslohn aber sehr viel weniger beträgt. Der Gouverneur von Britisch-Nyassaland, welches an Deutsch-Ostafrika anstösst, meldet noch im Februar 1915, also während des Weltkrieges, wo in Deutsch-Ostafrika alle Eingeborenen, die ausgerüstet werden konnten, auf deutscher Seite kämpften, dass auf dem Hochplateau von Shire ein Aufstand ausgebrochen sei, drei Weisse wären gefallen, 1 verwundet, 3 Frauen, 5 Kinder wären mitgeschleppt, aber später wieder freigelassen worden, auch hätte ein Angriff auf das Magazin in Blantyre stattgefunden, wobei die Schwarzen Waffen und Munition erbeuteten. Die von dem Verfasser behauptete Zufriedenheit mit der englischen Herrschaft scheint somit nicht sehr tiefgehend zu sein. Die Gesinnung der Eingeborenen ist auch begreiflich, wenn man die dem englischen Parlament vorgelegten Drucksachen durchsieht. Es ist bedauerlich, aber begreiflich, wenn in einem unzivilisierten Lande Übergriffe von Europäern gegenüber den Farbigen stattfinden. Solche Fälle haben sich leider auch in Deutsch-Ostafrika ereignet. Nur ist da das Verfahren stets ein ganz anderes gewesen als in den englischen Kolonien. Dankenswerterweise wurde jeder Übergriff, jede Gewalttat, die zur Kenntnis eines Reichstagmitglieds kam, rücksichtslos zur Sprache gebracht, und stets hat eine Be-

strafung der Schuldigen stattgefunden und immer nahmen Parlament und Regierung seit 1906 auf das schärfste Stellung gegen alle Misshandlungen von Eingeborenen und gegen alle Massnahmen, welche auf die Unterdrückung der Neger abzielen konnten. Wie ist es in Britisch-Ostafrika? Ich kenne Britisch-Ostafrika aus eigener Anschauung durch viele Besuche und eingehende Reisen recht gut. Ich habe sowohl in Mombassa als auch in Nairobbi als auch in Kisumu (am Viktoria-See) die Strafbücher mir angesehen und ich habe aus denselben entnommen, dass in Britisch-Ostafrika erheblich mehr Prügelstrafen an Eingeborenen vollzogen wurden als in deutschen Bezirken, aber die Prügelstrafe gilt nicht als eine gerichtliche Strafe wie in Deutsch-Ostafrika, sondern lediglich als eine Polizeimassregel, welche in der Strafverordnung zwar nicht vorgesehen ist, welche aber der betreffende englische Beamte kraft seiner polizeilichen Gewalt unkontrolliert nach Gutdünken anwenden kann. In Deutsch-Ostafrika muss er bei der Vollziehung der Prügelstrafe selbst zugegen sein, um Missbräuche zu verhindern. Er muss auch einen Arzenekundigen (Arzt oder Sanitätsbeamten) zuziehen. In Britisch-Ostafrika wird sozusagen unter der Hand geprügelt. Diese Straflisten brauchen gar nicht eingereicht zu werden, es wird auch gar keine Kontrolle darüber seitens des Gouvernements geführt. Im Gegenteil scheint dort die Anschauung zu herrschen, dass die sofortige Prügelei ohne jede Aufsicht das einzig Richtige ist. So findet sich in der dem englischen Parlament vorgelegten Denkschrift über Britisch-Ostafrika vom Juli 1908 (Cd 4122) S. 12 Abs. 2 und 3 die Äusserung eines Pflanzers in einer Versammlung in Nairobbi, welcher ausdrücklich erklärt, es wäre das Beste, die eingeborenen Arbeiter, wenn sie ungenügend arbeiten, mit der Nilpferdpeitsche durchzuprügeln, denn dann wüssten sie, was sie erwarte. Solange der Unternehmer in dieser Weise handle, wäre es das

beste. Er habe jüngst 200 Arbeiter gehabt, welche ihn sehr wenig befriedigten. Sein Partner hätte sie durchgepeitscht und seitdem zeigten sie eine erhebliche Besserung. Dieses Geständnis ist in einer öffentlichen Versammlung in Nairobi gemacht worden. Nach dem Protokoll dieser Versammlung hat sich nicht eine Stimme der Missbilligung erhoben. Seitens der britischen Behörden wurde nicht eingeschritten, auch das englische Parlament hat keinen Anlass gefunden, der Regierung ein Einschreiten gegen diesen Pflanzler, Herrn Swift, nahezu legen. Nach dem Protokoll derselben Sitzung wird, um die Arbeitsbedingungen zugunsten der Pflanzler zu verbessern, unter allgemeiner Zustimmung verlangt: Einführung der Kopfsteuer und Erhöhung der Hüttensteuer, also diejenigen Forderungen, welche der Verfasser des von uns besprochenen Werkes bei den deutsch-ostafrikanischen Pflanzern tadelt. Dabei ist nach demselben Protokoll die Steuer in Britisch-Ostafrika erheblich höher als in Deutsch-Ostafrika. Ferner wird verlangt, dass der Arbeitslohn herabgesetzt werden müsse und zwar auf 3 Rupie monatlich (etwa 4½ Mark). Es lautet wörtlich: „Der Arbeitslohn muss herabgesetzt werden und je niedriger er gehalten wird, um so weniger können die Eingeborenen mit diesem Gelde kaufen und um so länger haben sie zu arbeiten, um das zu erhalten, was sie wünschen (Ausführungen des Lords Delamere auf S. 16 derselben amtlichen Denkschrift).“ Da der Gouverneur Bedenken gegen die weitgehende Resolution der Pflanzler äusserte, fand eine Demonstration mit Katzenmusik seitens der Pflanzler vor seinem Hause statt. (Vergl. dieselbe Denkschrift.) Wie wenig in Britisch-Ostafrika bis in die letzte Zeit die Rechte der Eingeborenen gegenüber den Engländern geachtet wurden, können noch im Jahre 1912 zwei Fälle beweisen. Bei dem Farmer Russel Bowker hatten einige Viehdiebstähle stattgefunden. Die Viehdiebe waren aber nicht ermittelt worden. Da rief Bowker

im Jahre 1912, im vollen Frieden, seine Nachbarn zusammen, überfiel mit ihnen das Eingeborenendorf, brannte es nieder, band den Häuptling an seine Steigbügelriemen und versuchte vergeblich von ihm durch Schläge und Misshandlungen ein Geständnis zu erpressen. Er wurde nicht verhaftet, wohl aber angeklagt und vom Gericht nicht etwa zu einer Freiheitsstrafe, sondern zu einer Geldstrafe von 500 Rupien verurteilt. In Deutsch-Ostafrika wäre ein derartiger Missetäter nach seiner Verurteilung aus der Kolonie ausgewiesen worden. In Britisch-Ostafrika wurde die Geldsumme durch freiwillige Sammlungen unter den Engländern aufgebracht, sodass Bowker gar keinen Schaden erlitt. Ein anderer Engländer, Namens Cole, wurde allerdings des Landes verwiesen; dieser hatte mehrere Eingeborene, denen er unterwegs begegnete und die vor ihm reissaus nahmen, einfach von hinten erschossen, weil ihm dies Ausreissen verdächtig vorkam. Aber auch in diesem Falle traten die gesamten englischen Pflanzler von Britisch-Ostafrika geschlossen auf und verlangten vom Gouverneur die bedingungslose Begnadigung des Schuldigen, weil seine Interessen geschädigt würden und die Interessen eines Weissen demjenigen des Schwarzen stets vorangehen müssten. So geschehen im Jahre 1912. Ähnliche Fälle werden sich aus früherer Zeit noch viele nachweisen lassen. Ich verzichte darauf. Der Leser wird aus dem bisherigen sich bereits ein Bild daraus machen können, wo die Interessen der Schwarzen besser gewahrt werden, bei den Deutschen oder bei den Engländern. In der deutschen Kolonie werden Übergriffe stets rücksichtslos bestraft. Ein Vertuschen ist den Behörden schon deshalb nicht möglich, weil derartige Fälle, wenn sie einem Reichstagsmitglied bekannt werden, unbedingt im Reichstage zur Sprache gebracht werden. In den angrenzenden britischen Kolonien tritt eine Bestrafung, wenn überhaupt, nur in der mildesten Form auf; in allen Fällen erklären sich alle briti-

schen Ansiedler mit dem Schuldigen solidarisch und das britische Parlament kümmert sich um diese Sachen gar nicht.

Zum Schluss will ich des Briefes des Bischofs Weston vom 7. November 1917 erwähnen, der in dem geschilderten Pamphlet abgedruckt ist. Es ist für mich schmerzlich, als überzeugter Christ einen Priester der offenkundigen und bewussten Unwahrheit zeihen zu müssen; aber ich bin dazu wie wenige in der Lage, da ich insgesamt über 12 Jahre in Ostafrika tätig war (darunter über sechs Jahre als Gouverneur) und während dieser Zeit auch den Bezirk Tanga, in dem sich die Missionsstation Magila befindet, verwaltet habe. Über die Art, wie die Prügelstrafe in Deutsch-Ostafrika ausgeführt wird, habe ich bereits gesprochen. Es ist unwahr, dass seit 1906 jemals mehr als 25 Hiebe erteilt werden, und ebenso unwahr ist es, dass jemals ein Eingeborener verpflichtet gewesen sei, nach Strafvollzug den Beamten zu grüssen. Unwahr ist es, dass es eine Tortur wie den Eisernen Hut oder das Binden um den Mittelfinger gegeben hätte. Die Kette für den Strafvollzug ist sowohl in Deutsch-Ostafrika für manche Verbrecher üblich als auch in Britisch-Ostafrika und in Sansibar. Bei Nachtzeit wird die Kette abgemacht. Arbeitszwang hat es seit 1906 in Deutsch-Ostafrika nicht gegeben, wohl aber in Britisch-Ostafrika, wie die vorerwähnte Parlamentsdrucksache beweist. Dafür aber, dass gerade von der Universitätsmission die Prügelstrafe so, wie sie in Deutsch-Ostafrika ausgeübt wurde, nicht als eine unmenschliche Behandlung angesehen worden ist, möge der Umstand zum Beweise dienen, dass die Missionsstation Magila die einzige Missionsstation ist, welche sich — freilich vergeblich — an mich mit dem Ersuchen gewandt hat, ihr zu gestatten, die Prügelstrafe gegen widerspenstige Missionsangehörige und Arbeiter selbst anwen-

den zu dürfen. Die Art, wie in den deutschen und in den englischen Gebieten verfahren wird, mögen die Leser auch daraus beurteilen, dass für das deutsche Gebiet niemals ein Protest fremder Vertreter gegen die Art der Anwerbung von Arbeitern oder Trägern erhoben worden ist. Anders auf englischer Seite. Das markanteste Beispiel dafür bietet das Jahr 1900. In diesem Jahre sollten Träger für die Westküste in Sansibar angeworben werden. Die britische Protektoratsregierung verfügte, dass alle Neger, welche nicht nachweisen könnten, dass sie bei einem Europäer dauernd beschäftigt sind, auf der Strasse aufgegriffen und an Bord der Schiffe gebracht werden sollten, bis die erforderliche Anzahl von Trägern beisammen wäre. Hunderte von unwissenden Negern wurden gewaltsam von den Strassen in die Boote geschleppt und auf die Schiffe gebracht. Die Stadt Sansibar verödete sofort, weil die Eingeborenen aus derselben flohen oder sich in ihren Hütten versteckten. Viele Neger sprangen über Bord und versuchten schwimmend die Küste zu erreichen, nur wenigen gelang dies. Viele ertranken, andere wurden von den sie verfolgenden Booten wieder aufgegriffen. Gegen dieses Verfahren protestierten schriftlich sämtliche in Sansibar vertretenen Konsulate, da sich unter den Weggeschleppten auch ihre Schutzbefohlenen befinden konnten. Die Geschäfte des portugiesischen Generalkonsulats wurden damals von dem britischen Generalkonsul wahrgenommen; von diesem ging selbstverständlich kein Protest ein, wohl aber vom deutschen, vom österreich-ungarischen, vom italienischen und vom französischen Konsulat. Dieser Vorgang muss auch in den Akten des britischen Ausw. Amts niedergelegt sein, und gibt einen deutlichen Beweis für die Art, wie englische Kolonisationsmethoden in Ostafrika von Unparteiischen beurteilt werden.

Über die weiteren Ausführungen des Bischofs Weston möge mir eine Äusserung erspart bleiben. Ich achte die

christliche Religion in jeder ihrer Konfessionen und in jedem ihrer Diener. Um so peinlicher muss es mir sein, einem Priester gegenüber kein anderes Wort finden zu können, als seine Ausführungen als einen Ausfluss der Lüge, des Hasses und der Heuchelei zu bezeichnen. Ich habe selbst den Bezirk Tanga lange Zeit verwaltet, ich bin vielleicht zwanzigmal in der Nähe der Missionsstation Magila gewesen und es möge mir doch der Bischof Weston einen Fall bezeichnen, wo zu irgend einer Zeit irgend ein farbiges Weib oder Mädchen mir oder einem der mich begleitenden Europäer freiwillig oder gezwungen für das Nachtlager oder für den Tag bestellt worden sei. Auf S. 57 der Drucksache behauptet aber der Bischof, dass jeder deutsche Beamte für jedes Nachtlager die Stellung eines Mädchens fordere. Es ist widerlich, sich mit solchen Leuten auseinandersetzen zu müssen. Noch widerlicher ist es aber, wenn sie unter dem Deckmantel der Heuchelei sich anmassen, an den von erhabenster Menschenliebe getragenen Ausführungen des Heiligen Vaters Kritik üben zu wollen.

Wirkl. Geheimrat Dr. *Freiherr von Rechenberg*,
Mitglied des Reichstags, früher in Ostafrika.

Ein Brief an Staatssekretär Dr. Solf.

Berlin-Steglitz, 11. September 1918.
Humboldtstr. 14 I.

An den

Staatssekretär des Reichs-Kolonialamts,
Herrn Wirkl. Geh.-Rat Dr. Solf, Exzellenz.

Berlin.

Euer Exzellenz!

Zu dem offenen Brief, den Frank Weston, der Bischof der Britischen Universitäten-Mission in Zanzibar, unter dem 7. November 1917 an General Smuts gerichtet hat, um als angeblich berufener Vertreter der Eingeborenen gegen die Rückgabe Deutsch-Ostafrikas an Deutschland Einspruch zu erheben, kann auch die deutsche evangelische Mission nicht schweigen. Nicht nur deutsche, auch christliche, missionarische Interessen werden durch sein skrupelloses Vorgehen gefährdet. Die deutsche evangelische Mission hat sich von jeher so bewusst und streng auf ihre in der Heiligen Schrift ihr gewiesene religiös-sittliche Aufgabe beschränkt, dass es in unseren Kreisen schier unverständlich ist und sehr schmerzlich berührt, dass gerade ein Missionsbischof diese unwürdige, ja geradezu unwahrhaftige Rolle spielt, im Gewande edler Fürsorge für die Eingeborenen die Dienste politischer Eroberungssucht zu besorgen.

In England wird man sich freilich nicht gewundert haben, gerade von Bischof Weston einen solchen Brief zu lesen. Man ist es drüben von ihm gewohnt, dass

er, weder durch Bescheidenheit noch durch Weisheit gezügelt, sich mit Anklagen und Herausforderungen in den Vordergrund der öffentlichen Meinung drängt. Aber mit Erstaunen wird man auch dort gelesen haben, dass er als Diener Christi ein Diener des Friedens sein will. Er war es nie. Wohin er kam, dahin kam der Unfriede, auch in seinem engsten Kreis. Es sei hier nur an die Anmassung und Engherzigkeit erinnert, mit der er 1913 die englische Staatskirche dadurch in Aufregung versetzte, dass er in einem offenen Brief an den Erzbischof von Canterbury die Absetzung seiner bischöflichen Kollegen von Mombasa und Uganda wegen „Haeresie und Schisma“ verlangte, weil sie sich auf einer Konferenz in Kikuyu nach seiner Meinung in eine zu enge Gemeinschaft mit anderen Missionen eingelassen hatten.

In Deutsch-Ostafrika ist Bischof Weston oft genug und keineswegs unter der Zustimmung seiner eigenen Mitarbeiter mit geflissentlicher Unfreundlichkeit von den anderen Missionen abgerückt, auch von denjenigen seiner eigenen englischen Kirche. Der deutschen Verwaltung hat er starke Geduldsproben zugemutet und reichlich Anlass zu Misstrauen gegeben, obschon gerade die Universitäten-Mission eine in der Kolonial- und Missionsgeschichte ausserordentliche Rücksicht erfuhr. Seit Jahrzehnten nämlich wurde es geduldet, dass sie ihre Lehrer und Prediger für Deutsch-Ostafrika in ihren Anstalten in Kiungani auf Zanzibar, also auf britischen Boden, durch britische Lehrer mit britischen Lehrmitteln ausbildete, ohne dass die deutsche Regierung irgendwelche Kontrolle über den Geist dieser Erziehung ausüben konnte. So fest baute man auf deutscher Seite auf die Unverbrüchlichkeit der Kongoakte und auf das ungeschriebene Gesetz der Solidarität der weissen Rasse, so wenig rechnete man mit der Möglichkeit eines kriegerischen Zusammenstosses mit England in Afrika, so rückhaltlos vertraute

man auch auf die Lauterkeit und Gewissenhaftigkeit christlicher Missionen, dass man einen solchen Kanal britischen Einflusses auf die eingeborene Bevölkerung Deutsch-Ostafrikas mehr als ein Menschenalter hindurch ungestört liess.

Die Universitäten-Mission aber und zumal ihr Leiter Bischof Weston haben sich dieses Vertrauens leider nicht würdig gezeigt. Ihre eingeborenen Zöglinge haben sich während des Krieges nicht so verhalten, wie man es von Christen erwarten darf, die nach der Regel der Heiligen Schrift erzogen sind, ihrer Obrigkeit untertan zu sein. Die Missionare dieser Gesellschaft haben zu einer Zeit, in der andere fremdländische Missionare, auch Franzosen und Belgier, noch in Freiheit belassen werden konnten, interniert werden müssen, weil ihr Verhalten politisch nicht einwandfrei war. Die heimatliche Leitung der Universitäten-Mission hat sich schon in ihrem 1917 veröffentlichten Jahresbericht (Church Times, 25. Mai 1917) nicht gescheut, eine dreiste deutschfeindliche Propaganda mit schweren Beleidigungen gegen Deutschland zu treiben. Bischof Weston hat sich, obschon Leiter einer überwiegend in Deutsch-Afrika tätigen Mission, am Kriege gegen Deutsch-Ostafrika hervorragend beteiligt und den Einfluss, den er durch die Missionstätigkeit seiner Gesellschaft und besonders durch ihre eingeborenen Lehrer besass, dazu benutzt, um deutsche eingeborene Untertanen zur Kriegshilfe gegen ihre rechtmässige Obrigkeit zu verleiten und zu organisieren. Er weiss daher nur zu gut, dass, wenn Deutsch-Ostafrika wieder in deutsche Hände zurückfällt, für ihn und seine Mission dort kein Raum mehr sein dürfte. Er kann sein Lebenswerk nur behalten, wenn dasselbe der deutschen Herrschaft dauernd entzogen bleibt. Muss ihm unter solchen Umständen nicht daran liegen, mit allen Kräften dahin zu wirken, dass es nicht wieder deutsch werde? Aber statt dies ehrlich auszusprechen, besteigt

er lieber mit dem offenen Brief an General Smuts aus selbstloser Sorge um das Geschick der Eingeborenen „den Scheiterhaufen“, auf dem das Teuerste, was er besitze, sein Missionswerk, verbrennen müsse, wenn die schwarz-weiss-rote Flagge über Deutsch-Ostafrika wieder hochsteigen dürfe. So sei zur Steuer der Wahrheit zunächst dies eine hier ausgesprochen: Nicht um der Eingeborenen, die seines Schutzes bedürfen, um seiner eigenen Stellung und Mission willen hat der Bischof diesen Brief geschrieben.

Ob der Brief nicht auch bestellte Arbeit der britischen Regierung gewesen ist? „Aus maritimen wie militärischen Gründen“, sagt der Bischof selbst, aber wie nebensächlich am Schlusse, „werde kein vernünftiger Mann für die Rückerstattung Deutsch-Ostafrikas, dieses strategischen Angriffspunktes, an den Kaiser stimmen.“ In der Tat, die Aufrichtung einer unumstrittenen Herrschaft über den Indischen Ozean, die Abwehr jeder Bedrohung des Verkehrs durch den Suezkanal durch eine fremde Macht und die Herstellung der Verbindung Kapstadt-Kairo ist eines der vornehmsten Kriegsziele Englands. Aber dem Egoismus britischer Politik hat von jeher der Mut der Wahrhaftigkeit gefehlt. Um die kolonialen Eroberungspläne vor dem Auslande und der eigenen öffentlichen Meinung zu rechtfertigen, um den Schein selbstloser Kriegsführung zur Befreiung und zum Schutz schwacher und bedrückter Nationen aufrechtzuhalten, musste hier das Interesse der Eingeborenen vorgeschützt werden. Es war nicht leicht. Zu deutlich hatte im letzten Jahrzehnt die Berichterstattung der Afrikareisenden ohne Unterschied der Nationalität und die koloniale Literatur, auch die britische, die grossen kulturellen Fortschritte der deutschen Schutzgebiete und die mehr und mehr eingeborenen-freundliche Haltung ihrer Verwaltung anerkannt. In Britisch-Ostafrika und Britisch-

Njassaland mussten während des Krieges nicht unbedenkliche Eingeborenenaufstände gewaltsam unterdrückt werden. Die bewundernswerte Treue aber der Eingeborenen Deutsch-Ostafrikas während des Krieges lieferte vor aller Welt den denkbar stärksten Beweis dafür, dass hier eine allgemeine Unzufriedenheit mit einer ungerechten, grausamen Regierung nicht verbreitet sein konnte. Wie hätte sonst das kleine, so völlig unzureichend bewaffnete Häuflein der weissen Verteidiger in dem grossen Lande sich auch nur etliche Monate gegen eine so ungeheure Übermacht und so gewaltige Überlegenheit an Kampfmitteln aller Art behaupten können!

Der Vorschlag Lloyd Georges, die Eingeborenen selbst über ihre künftige Obrigkeit abstimmen zu lassen, war überall, auch in England selbst, dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen. Die wiederholten Aufstände deutsch-ostafrikanischer Eingeborenen gegen die britischen Eroberer zeigten obendrein, dass trotz alles Druckes, mit dem das Joch der neuen Herrschaft auf der Bevölkerung lastete und ihr eine ehrliche Äusserung unmöglich machte, ihre Befragung vom Standpunkt der englischen Regierung aus nicht ungefährlich erschien. Da war es freilich ein willkommener Dienst, wenn in Gestalt dieses Bischofs die christliche Mission, die selbstloseste Vertreterin der Eingeborenen, aus Menschlichkeitsgründen die Beseitigung der deutschen Herrschaft verlangte. Das war es ja gerade, was man brauchte!

Die eigenen Interessen des Bischofs und die Eroberungssucht Englands, aber nicht irgendwelche ehrlichen Regungen der Liebe zu den Eingeborenen sind die Wurzeln, aus denen dieser Brief erwachsen ist.

Für die Eingeborenen droht, davon bin ich fest überzeugt, von der Rückkehr der deutschen Regierung nicht die geringste Gefahr. Die Behauptung

des Bischofs, die deutschen Behörden hätten vor ihrem Rückzug allen Eingeborenen bei Todesstrafe verboten, den Engländern irgendwelche Hilfe zu leisten, ist unrichtig. Sie haben vielmehr, wie mir ein deutsch-ostafrikanischer Missionar aus eigenem Miterleben versichert, den Eingeborenen als „selbstverständliche Notwendigkeit nicht nur erlaubt, sondern sogar empfohlen, Forderungen der Feinde auf Trägerdienste und Lieferung von Verpflegung willig Folge zu leisten“. Es lag der deutschen Verwaltung daran, dass die brave, durch den Krieg bereits so schwer in Mitleidenschaft gezogene Bevölkerung nicht noch durch Strafexpeditionen der Feinde weiter zu leiden hätte. Vor Verrat, z. B. Mitteilung von deutschen Truppenbewegungen, wurden die Eingeborenen allerdings ernstlich gewarnt, und notorische Verräter sind bestraft worden. Soweit aber Eingeborene auch über jene Dienste hinaus unter feindlichem Zwang sich schliesslich haben missbrauchen lassen, werden sie nach Rückkehr der deutschen Herrschaft eine milde Prüfung der Vorgänge erwarten dürfen. Ich bin gewiss, dass Euer Exzellenz zwischen den feindlichen Machthabern mit ihren Helfershelfern, den Verführern im geistlichen Gewand, und zwischen den hilflosen, in die schwerste Bedrängnis geratenen Eingeborenen hochherzig zu unterscheiden wissen. Sollte es im einzelnen Fall dessen bedürfen, so werden die deutschen Missionen seinerzeit sich nicht scheuen, mit der Bitte um äusserste Milde auch für solche Eingeborene einzutreten, die unter den Versuchungen und Nöten der Zeit sich etwa zu Pflichtwidrigkeiten haben fortreissen lassen, und ich bin gewiss, dass die deutsche Kolonialregierung, zu deren obersten Zielen die Förderung des Wohles der Eingeborenen gehört, solcher Fürsprache sich nicht verschliessen wird.

Bischof Weston freilich behauptet, er befürchte das Gegenteil, und meint, aus seiner Erfahrung mit der deutschen Herrschaft seine Besorgnis begründen zu

können. Es ist mir schmerzlich, von einem Missionsbischof öffentlich aussprechen zu müssen: „Diese Besorgnis ist unaufrichtig!“ Gerade weil er die deutsche Verwaltung kennt, weiss er, dass das Bild, das er von ihr gezeichnet hat, ein für den politischen Bedarf berechnetes Zerrbild ist. Noch nie ist eine Kolonie erworben und entwickelt worden, ohne dass seitens der weissen Eroberer und Herren Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten unterliefen. Weiss Bischof Weston nichts von dergleichen Vorfällen aus der Kolonialgeschichte seines eigenen Volkes? Dann würde es uns deutschen Missionaren nicht schwer fallen, aus unserer Erfahrung in britischen Kolonien seiner Unwissenheit abzuweichen. Zu seinen Beweisen für die angebliche deutsche Grausamkeit, Ungerechtigkeit und Unsittlichkeit könnten wir ihm reichliche Seitenstücke von seinen eigenen Landsleuten, Beamten wie Privatleuten, hier öffentlich aufführen und könnten auch Namen nennen. Aber aus solchen Einzelvorkommnissen leichthin ein Verdammungsurteil über ein ganzes Volk abzuleiten, halten wir für unwahrhaftig, unsittlich und unchristlich. Mit dieser Methode ist es ein Leichtes, jede der kolonisierenden Nationen dieses ihres Berufes für unwürdig zu erklären. Man mag uns deutsche evangelische Missionare um unseres Dienstes willen loben oder tadeln — dessen hat uns noch niemand zu beschuldigen gewagt, dass wir, wo wir Ausschreitungen unserer Landsleute und Missgriffe unserer Behörden zu bemerken glaubten, darüber geschwiegen und uns dadurch mitschuldig gemacht hätten, zumal wo es sich um die Eingeborenen handelte. Die deutschen Missionen haben gegenüber der deutschen Kolonisation eine freimütigere, schärfere Sprache geführt, als es britische Missionen gegenüber ihrem Volke zu tun pflegten. Es war uns recht auffällig und befremdlich, wie plötzlich, und doch offenbar aus politischen Rücksichten, die Sprache der britischen Missionen gegenüber den Kongo-

greueln sich milderte! In unserem Lande aber wurde in Parlament, Presse und Literatur, was irgend an Schäden und Ausschreitungen in den Kolonien vorkam, rückhaltlos erörtert. Die Missionskreise befanden sich demgegenüber oft in einer peinlichen schmerzlichen Lage. Sie teilten den entschiedenen Wunsch, dass die Behandlung der Eingeborenen in den deutschen Schutzgebieten in jeder Hinsicht wohlwollend, gerecht und fürsorglich sei und darin von keiner fremden Kolonie übertroffen werde, dass das Leben der Weissen den Anforderungen christlicher Sittlichkeit entspreche. Sie wirkten daher lebhaft in Vereinigungen wie die Deutsche Liga zum Schutz der Eingeborenen mit. Aber sie konnten es als bewusste Mitarbeiter und freudige Gehilfen der kolonialen Betätigung unseres Volkes nicht billigen, wenn Einzelvorkommnisse durch ungerechte Verallgemeinerung dazu benutzt wurden, über die ganze deutsche Kolonialpolitik den Stab zu brechen. Dass indessen die deutsche Kolonialkritik so unerbittlich scharf war und es durch ihre öffentlichen Äusserungen der gegenwärtigen britischen Propaganda so leicht gemacht hat, deutsche Gewährsmänner aufzuführen, beweist doch im Grunde nur, wie wach und empfindlich auch auf kolonialem Gebiete das deutsche Gewissen war. Darauf kommt es aber an! Bischof Weston konstruiert aus vorgekommenen und angeblichen Ausschreitungen ein vermeintliches deutsches „System“ und behauptet, er wisse wohl, dass manche Deutsche dieses System misshilligen; es bleibe aber nichts destoweniger eine Wahrheit, dass die Deutschen als Volk es billigen. Diese vermeintliche Wahrheit ist in Wirklichkeit eine grobe Unwahrheit.

Es hat Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten einzelner Deutschen in den Kolonien gegeben, wie es eben solche Vorkommnisse in britischen Kolonien und nun gar in belgischen, französischen und portugiesischen gab.

Aber das deutsche Volk als solches hat sie nie gebilligt, und die deutsche Kolonialverwaltung hat sie, unterstützt von der öffentlichen Meinung, dem Parlament, der Presse und nicht zuletzt der Mission, ehrlich zu bekämpfen sich bemüht. Ob ein Volk innerlich berechtigt ist, Kolonialbesitz zu verwalten, hängt nicht von einzelnen Ausschreitungen ab, die je und dann vorgekommen sind, noch auch von zeitweiligen Misständen in seiner Verwaltung oder gar von den physischen, wirtschaftlichen und sittlichen Gefahren, die mit der fortschreitenden Zivilisation für das Leben und die Wohlfahrt der Eingeborenen entstehen, sondern davon, ob die Regierung bestrebt ist, dem allem tatkräftig entgegenzuwirken, und ob die öffentliche Meinung sie hierin wirksam unterstützt. Wer die Verhältnisse kennt und ein ehrlicher Mann sein will, kann der deutschen Kolonialverwaltung und dem deutschen Volk solchen guten Willen nicht bestreiten, noch die wachsenden wohlthätigen Wirkungen dieses Bemühens ableugnen. Die deutschen Missionen haben auch darum mit wachsender Freude in den deutschen Kolonien gearbeitet, weil sie eine sehr erhebliche Besserung der Verhältnisse, zumal im letzten Jahrzehnt, in erfreulicher Weise wahrnehmen konnten. Das Verständnis für eine richtige Behandlung der Eingeborenen nahm zu. Es wuchs ein Stamm vortrefflicher deutscher Beamter heran, die bei gründlicher Kenntnis der Sprache und des Lebens der Eingeborenen und warmem Wohlwollen für sie eine für Land und Volk gesegnete Wirksamkeit ausübten. Die Rechtspflege in den Schutzgebieten, eine überaus schwierige Aufgabe in grossen Kolonien mit buntgemischter Bevölkerung, machte bemerkenswerte Fortschritte. Die Gesundheitsfürsorge für die Eingeborenen, wie sie von der Verwaltung und von den Missionen in vielseitiger Arbeitsgemeinschaft betrieben

wurde, übertraf weit, was in benachbarten britischen Kolonien in dieser Hinsicht geschah. Wenn wir Missionare auf die Gefahren hinwiesen, die dem Leben der Eingeborenen in der neuen Zeit aus dem schnellen Eindringen fremder Einflüsse und der unvermeidlichen Umgestaltung ihrer Lebensordnungen drohten, z. B. auf die gesundheitlichen, sozialen und sittlichen Wirkungen der Wanderarbeit, so fanden unsere Darlegungen im Bezirks- und Gouvernementsrat, in der Presse und Literatur je länger desto williger Gehör. Erkannte Misstände wurden als Aufgaben anerkannt, die gemeinsam zum Wohl der Eingeborenen zu lösen seien.

Auch englische Missionare, die in Deutsch-Ostafrika arbeiteten, sprachen gelegentlich ihre ehrliche Freude über diese Entwicklung und das deutsche Regiment aus, und solche aus benachbarten englischen Kolonien konnte man Vergleiche ziehen hören, die nicht zugunsten der eigenen Schutzgebiete ausfielen. Wir könnten auch hier Namen nennen. Wenn aber nach Bischof Westons Meinung die Behandlung der Eingeborenen so himmelschreiend war, warum hat der edle Bischof, dem gleichfalls die Tür des Gouvernements und jedes Bezirksamtmanns auch der Weg in die Presse offenstand, in früheren Zeiten hierüber völlig geschwiegen, solange geschwiegen, bis der Nachweis dieser angeblichen Ungeheuerlichkeiten — dazu helfen konnte, dass Deutsch-Ostafrika in britischen Besitz geriet?

Ja, dieser Nachweis! Wir Missionare sind von jeher unnachsichtig gegen Missbrauch der Prügelstrafe aufgetreten und werden dies auch künftig tun. Aber wir fanden dazu in britischen Besitzungen ebenfalls reichlichen Grund, wie denn die Ausdrücke „Twentyfive on backside“ und „Sjambock“ von englischem Boden stammen. Weiss Bischof Weston wirklich nichts davon, wie sich die Regierung in Deutsch-Ostafrika, zumal im letzten Jahr-

zehnt, erfolgreich bemühte, auch gerade in der Bestrafung der Eingeborenen eine mildere Praxis und gerechtere Behandlung sicherzustellen? Man mag gegen die in Deutsch-Ostafrika übliche Kettenstrafe Bedenken erheben; gegen die in den britischen Kolonien gebrauchte Fusskette und gegen die im Kongostaat übliche Kette ohne Halseisen sind mindestens ebenso schwere Bedenken vorhanden. Der „Eiserne Hut“ und die Fingerspannung waren Mittel der Tortur in der Rechtspflege der Häuptlinge vor der Zeit der europäischen Herrschaft. Die meisten Weissen im Schutzgebiet werden von diesen Dingen nie etwas gehört oder gesehen haben. Es mag sein, dass Eingeborene, sei es farbige Unterbeamte, sei es Häuptlinge, solche Folter hie und da noch einmal angewandt haben. Auch derartige Vorkommnisse könnten wir aus britischen Kolonien belegen. Aber scheut sich der Bischof wirklich nicht, sie als Beweise der deutschen Rechtspflege hinzustellen?

In zwei Bezirken war vor dem Kriege ein gelinder „Arbeitszwang“, wenn man dies Wort dafür anwenden will, eingeführt. Innerhalb von vier Monaten des Jahres musste in Usambara jeder Eingeborene 30 Tage bei einem Europäer oder bei der Regierung Arbeit nehmen, es sei denn, dass er als Beamter, Soldat, Missionslehrer oder dergleichen bereits eine wertvolle Tätigkeit im Sinne dieser Verordnung ausübte. Die Tage seines Dienstes und den Arbeitgeber konnte er sich wählen. Bei diesen Bestimmungen hatten Missionare mitgewirkt. Selbst wer grundsätzlich völlige Arbeitsfreiheit für das bessere System hält, konnte nicht verkennen, dass diese Einrichtung auch nützliche Folgen für die Eingeborenen wie für die Europäer hatte und dass die Behandlung der Arbeiter durch sie nicht verschlechtert, sondern gebessert wurde.

Von den ersten Anfängen an hat die deutsche Verwaltung in Ostafrika den Sklavenhandel scharf bekämpft

und sich bemüht, der Sklaverei ein Ende zu machen. Sie hat aber geglaubt, die Sklaven nicht durch plötzliche Beseitigung ihrer Rechtslage vor eine Lebensaufgabe stellen zu sollen, der sie nicht gewachsen waren und darum versucht, den Schaden allmählich zu überwinden. Alle Kinder von Sklaven waren ohne Entschädigung an den Sklavenbesitzer von Geburt an frei, und der Preis, mit dem sich ein Sklave freikaufen konnte, war gesetzlich so niedrig bemessen, dass es für niemand eine Schwierigkeit bedeutete, freizukommen, wenn er wollte. Mit dem Jahr 1920 aber sollte alle Sklaverei aufhören. Mancher Sklave verblieb inzwischen aus freiem Willen bei seinem Herrn, weil seine Lage ihm erträglich war, jedenfalls längst nicht so schlimm wie manche Erscheinungen moderner Lohnsklaverei etwa in den Minendistrikten Südafrikas. Der Bischof aber scheut sich nicht, einem deutschen Distriktschef die Behauptung in den Mund zu legen, es werde im Jahr 1920 schwerlich ein Ersatz für die Sklaverei gefunden werden: „Der Kaiser habe scheinbar andere Anschauungen über sein Einkommen.“ Gibt es wirklich Leser, die die Niederträchtigkeit und Torheit einer solchen Verleumdung nicht erkennen?

Aus Rache sollen die Deutschen 1905 während des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika einige 30,000 Eingeborene niedergemetzelt haben, während nur sehr wenige Weisse ums Leben kamen. Weiss Bischof Weston nichts von den vielen Eingeborenen, die durch die Aufständischen abgeschlachtet worden sind, weil sie mit ihnen nicht gemeinsame Sache machen wollten? Weiss er nicht, wie schwer es hielt, die Empörung auf ihren Herd zu beschränken, und wie zäh sich die durch Zauberwasser und Mekkabriefe fanatisierten Aufständischen in langwierigem Guerillakrieg behaupteten, um immer wieder in friedliche Nachbargebiete sengend und mordend einzubrechen? Seine eigenen Missionare, die flüchtend auf einer

deutschen Mission liebevolle Aufnahme fanden, haben damals anders gesprochen als er heute. Weiss er auch nichts davon, wie sich die deutsche Verwaltung bemüht hat, die Aufständischen zu friedlicher Unterwerfung zu bewegen und sie, soweit sie dies taten, teils den benachbarten Missionen zur Pflege und Beschäftigung zuzuführen, teils bis zur völligen Wiederherstellung der Ruhe in Usambara unterzubringen? Hat er nie von Eingeborenen der Aufstandsgebiete selbst nachher sagen hören, dass die aus Zanzibar herübergekommenen Drahtzieher sie in ihr Verderben gelockt hätten? Sollen wir ihm wirklich mit Schilderungen antworten, wie in britischen Kolonien Aufstände im Blut erstickt wurden?

Es ist ein übles Schauspiel, dass deutsche Missionare einen englischen Berufsgenossen öffentlich der Verleumdung ihres Vaterlandes überführen müssen. Da mag im Ausland der Eindruck entstehen, als seien Kläger wie Verteidiger durch ihr vaterländisches Interesse und ihre politische Erregung in ihrem Urteil befangen. So sei zum Schluss einem unverdächtigen Zeugen, einem Eingeborenen aus Deutsch-Ostafrika, das Wort gegeben. Er ist kein Soldat, kein Angestellter der Regierung oder wie Bischof Weston sagt, einer ihrer „Lieblinge“, sondern Lehrer und Prediger einer evangelischen Mission. Als Häuptlingssohn in Britisch-Njassaland geboren, wurde er als Knabe von Sklavenjägern geraubt, an der Küste verkauft, von der deutschen Truppe befreit und der evangelischen Mission zur Erziehung übergeben. Späterhin hat er zum Besuch seiner Verwandten einen guten Teil des Schutzgebietes durchwandert, und hat auch die Zustände auf britischem Boden kennen gelernt. Vor mehreren Jahren schrieb er zum Kaisersgeburtstag 1912 aus eigenem Antrieb in einem in Daressalam erscheinenden Suahelibratt einen bemerkenswerten Artikel, in dem er mit deutlichem Rückblick auf sein eigenes Leben einen

Vergleich zog zwischen der Lage der Eingeborenen vor der deutschen Herrschaft und den nunmehr bestehenden Zuständen. Das Hauptstück dieses Artikels sei hier ohne jeden Zusatz oder Abstrich wiedergegeben (vergl. Koloniale Rundschau, 1913, S. 671 ff.)

„Was ist die Bedeutung dieses Festtages, und aus welchem Grund feiern die Leute diesen Festtag und preisen ihn und machen Freude allenthalben in seinem Königreich? Dies ist die Bedeutung: Gott der Herr gab dem Kaiser Kraft und Macht, alles zu vollbringen, was es im Lande zu tun gibt, und alles zu beherrschen und in Ordnung zu halten, damit alles in Frieden und Gesundheit bleibe und er es allezeit behüte. Jeder Mensch soll zu seinem Rechte kommen, und keiner soll von seinem Feinde schlecht behandelt oder seines Vermögens beraubt werden. Weiter liebt der Kaiser auch die Armen; er will nicht, dass sie von den Mächtigen verächtlich behandelt werden.

Ich nehme als Beispiel dieses Land von Deutsch-Ostafrika, unser Land, das der schwarzen Leute. Die Zustände in ihm waren früher Zustände der Ungerechtigkeit. Jeder, der die Macht hatte, behandelte ungerecht den, der keine hatte. Sklaverei war allenthalben. In jener Zeit konntest Du nicht einen Gang von vier oder fünf Tagen allein machen, da wurdest Du ergriffen, weit weg verkauft, so dass Du nicht zurückkehren konntest in Dein Land zu Vater und Mutter, sondern Du warst der Sklaverei verfallen bis zu Deinem Tode, obschon Du nichts verbrochen hattest. Oder Du trafst zusammen mit Räubern, und sie töteten Dich ohne Grund. Weiter, wenn Du viel Vermögen hattest, so kam man, um Dich abzuschlachten und Dein Gut davonzutragen, und kein Mensch war da, der es verbot. Denn da waren andere Leute, die liebten es, die Leute abzuschlachten und zu berauben, und es war niemand da, um sie zur Rechenschaft zu ziehen.

Weiter, wenn Hungersnot ins Land einzog, war kein Mensch oder König da, der es verstanden hätte, die Leute

zu erretten, indem er in einer anderen Gegend Nahrungsmittel herausgab, dass sie hierher, wo die Leute Hunger litten, gebracht würden. Vielmehr war es so: Was einem jeden Menschen zustieß, das stieß ihm zu.

Weiter, wenn Krankheit ins Land kam, etwa die Pocken, oder die Wurmkrankheit, oder eine andere Krankheit, genug, sie vernichtete die Menschen, es gab keine Medizin für alle. Wenn ein Mensch Medizin hatte, so behandelte er damit die, die er liebte, sonst niemand. Im übrigen gab er die Medizin nur gegen viel Gewinn heraus, damit er reich werde. Aber er hatte kein Erbarmen mit den Kranken, sondern sein Gut zu mehren, darauf stand ihm sein Sinn.

Aber jetzt, wie ist der Zustand des Landes heute? Gut oder schlecht? Ist ein Mensch da, der seinen Genossen tötet, ohne dass er ihm nachfolgt eben diesen Monat oder dieses Jahr? Oder wenn einer Menschen stiehlt, um sie zu verkaufen, wo will er sie verkaufen? Wer wird auf den Handel eingehen? Alle werden sich fürchten. Jetzt kannst Du eine Reise von drei oder vier Monaten machen ohne Waffe und hast nur einen Wanderstab. Deine Waffe ist die Regierung, überall kannst Du hingehen und zurückkehren.

Gehst Du weit ins Innere, wirst Du da nicht Inder sehen bei ihrer Arbeit im Kaufladen, beim Verkaufen? Dort auf den Bergen wohnt der Inder mit den Bewohnern des Landes, und er, der Inder, ist allein, er hat keine Waffen und keinen Soldaten, sondern tagsüber ist es seine Arbeit, sein Vermögen zu berechnen. Hätte der Inder früher unbewaffnet ins Inland gehen können, ohne sein Handelsgut zu verlieren? Genug — früher hätte er nicht ins Innere kommen können, man hätte ihn gemordet und seines Vermögens beraubt.

Aber jetzt ist allenthalben Frieden, es ist kein Gewalttätiger da, alle sind unter der Regierung des Kaisers. Wenn nun jetzt Hunger ins Land kommt, dann wird es kein sehr schwerer sein, der die Leute tötet. Die Regierung steht den Leuten bei, sie hat Mitleid mit ihnen, sie bestellt Speise in der Ferne und bringt sie ins Land, dahin, wo Hunger ist, damit die Leute nicht durch den Hunger sterben. Auch Saatgut bringt die Regierung, damit die Leute es bekommen

und auf ihrer Feldern aussäen. Früher war solches nicht da. Solch ein schwerer Hunger — genug, Ihr wäret gestorben und hättet einander verkauft und gekauft!

Und wenn eine Krankheit ins Land kommt — auf einmal kommt der Herr Arzt, der die Arten der Medizin kennt, und hält die Krankheit auf. Er behandelt die Leute, er pflegt ihnen diese und jene Dinge zu verbieten, die die Krankheit hervorbringen. Genug — die Krankheit pflegt schnell aus dem Lande zu weichen, und es kehrt Gesundheit ins Land zurück.

Wem liegt das alles auf? Es liegt das auf der Regierung, welche Leute eingesetzt hat, die die Medizin kennen, damit sie die Menschen insgesamt heilen, die im Reich des Kaisers sind. Ferner hütet die Regierung das Eigentum aller Leute, dass es sicher bleibe. Auch die Leute, die das Vermögen ihrer Väter erben, bekommen das, was ihnen vom Vater her zusteht. Und wenn einer ein kleines Kind ist, und noch nicht Verstand hat, sein Gut zu kennen und zu gebrauchen, — die Regierung hütet ihm sein Eigentum, bis er Verstand hat, dann wird er alles bekommen. Weiter, die Regierung legt das Geld der Leute in die Sparkasse. Dort liegt das Geld sicher, ohne gestohlen zu werden. Ihre Absicht ist, dass jeder Mensch möge anfangen zu sparen und Vermögen zu haben.

Weiter, wenn ein wildes Tier im Lande ist, und es schädigt die Leute, etwa ein Löwe, ein Leopard, Wildschwein oder ein anderes — die Regierung pflegt einen Backschisch jedem zu geben, der ein wildes Tier getötet hat; sie pflegt ihn zu erfreuen. Viel Geld wird ausgegeben für diese Arbeit des Tötens wilder Tiere.

Genug, das Land hat angefangen, sich wohl zu befinden, und die Leute wohnen in Frieden. Durch wen ist es dahin gekommen, dass Friede herrscht und die Leute in Ruhe leben? Genug, durch den Kaiser, den Besitzer seines Reiches, der befiehlt, dass gute Zustände herrschen unter seiner Regierung. Wenn ein Mensch nicht will Frieden halten und mit Frieden in seinem Lande wohnen, ja, wenn er das Land zu verunreinigen sucht, dieser Mensch wird sehr bestraft werden; denn der Kaiser hat viele Soldaten, es fehlt ihm an nichts. Seine Kraft und Macht ist gross. Ihr habt

gesehen jene Aufständischen, die Majimaji — oder Honga-Hongaleute, wie sie besiegt wurden in den Jahren 1905 und 1906!

Genug, sein Tag, an dem man sich seiner Kraft und Macht, seiner Güte und seines Lebens erinnert, ist sein Geburtstag, der 27. Januar. Genug, gute Menschen danken für den Frieden und für seine Güte und dass die Regierung eine gute ist. Und alle, welche Christen sind, danken noch mehr, weil er ein Christ ist, ein Mensch unserer Gemeinschaft. Wir beten für ihn zu Gott, dass er ihm Kraft gebe, seine Feinde zu besiegen, und dass seine Regierung gut sei, und sein Königreich zunehme im Lande, und alle Menschen mögen unter seiner Regierung wohnen im Frieden und in Ruhe!“

So dachte ein urteilsfähiger Eingeborener von Deutsch-Ostafrika vor dem Kriege über das deutsche Regiment im Lande.

Es ist der sehnliche Wunsch der deutschen evangelischen Missionen, dass die Eingeborenen, wenn sie dereinst einen neuen Vergleich ziehen können, nämlich den zwischen der wiedergekehrten deutschen Herrschaft und unsrer Gegenwart, in der ihr Volk unter dem britischen Kriegsdruck leidet und in ungeheurer Zahl dahinstirbt, sich ebenso dankbar, überzeugt und freudig zum schwarz-weiss-roten Banner bekehren werden. Die deutschen Missionen verlangen danach, alsbald nach Friedensschluss wieder hinauseilen und in gutem Einvernehmen mit der deutschen Regierung, die den Eingeborenen Ostafrikas ihre Treue in der Not nicht vergessen wird, die Wunden heilen zu helfen, die der Krieg geschlagen hat. Gott segne dann die neue Zeit deutscher Kolonialpolitik auch für das äussere und innere Wohl der Eingeborenen.

Dass Ew. Exzellenz den Samariter- und Lehrdienst der christlichen Missionen ohne Unterschied der Nation,

sofern sie sich ehrlich auf ihre geistliche Aufgabe beschränken, auch fernerhin willkommen heißen und verständnisvoll fördern werden, dessen ist mit den deutschen evangelischen Missionen in aufrichtiger Dankbarkeit gewiss

Ew. Exzellenz sehr ergebener

D. theol. *A. W. Schreiber*,
Direktor der evangelischen Missions-Hilfe.
